



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021
14. Sitzung	Donnerstag, 27. Mai 2021 19.00 Uhr, Gemeindesaal Nussbaumen
Vorsitz	Daniel Jenni, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Sandra Hehli Nadine Meier
Anwesend	39 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Thomas Zumsteg
Entschuldigt	Marcel Müller
Ende der Sitzung	21:44 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2021/07 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	3
2	2021/11 Inpflichtnahme Hanne Rigter, SP, anstelle von Denise Hunziker und Nico Lalli, FDP, anstelle von André Tinner	7
3	2021/08 Ersatzwahl 2 Ersatzmitglieder Wahlbüro (infolge Wahl von Dario Meier und Kim Grab als Mitglieder Wahlbüro)	7
4	2021/09 Rechnung 2020	7
5	2021/10 Rechenschaftsbericht 2020	11
6	2019/35 Verpflichtungskredit von CHF 150'000 für das Erscheinungsbild Landstrasse K114 für die Fertigstellung des Entwicklungsrichtplanes und die Ausarbeitung eines Sondernutzungsplanes (Rahmengestaltungsplan)	12
7	2021/12 Genehmigung des Bestattungs- und Friedhofsreglement	18
8	2018/29 Postulat Grüne betreffend Einführung einer Sozialkommission – Beantwortung	19
9	2018/37 Postulat Theo Flückiger betreffend Definitionen, Regelungen und Kompetenzen der Kommissionen – Beantwortung	21

10	2021/13	Postulat Sonja Scherer betreffend Klima- und Energie-Charta / Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen	21
11	2021/14	Postulat SVP-Fraktion betreffend Erstellung einer Immobilienstrategie für die Einwohnergemeinde und eine kritische Beurteilung der vorhandenen Landparzellen in Bezug auf Nachhaltigkeit und Notwendigkeit / Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	22
12	2021/15	Umfrage	25

Daniel Jenni, Präsident: Ich eröffne offiziell die 17. Einwohnerratssitzung von der laufenden Legislatur 2018-2021. Die Unterlagen wurden rechtzeitig zugestellt. Die Organisation ist eigentlich wie das letzte Mal. Geredet wird am Mikrofon. Wenn es geht kurz und bündig. Es herrscht weiterhin allgemeine Maskenpflicht. In Punkto Quarantäne hat sich auch nichts geändert. Wir müssen nicht in die Quarantäne. Da wir Mühe gehabt haben mit dem Zählen hinten mit den Händen, wären wir froh, wenn Ihr diesmal aufstehen könnt. Wir haben es dann einfacher und müssen nicht mehrmals nachzählen.

1 2021.07 **Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll**

Zum Formellen: Das Traktandum 10, Postulat Sonja Scherer, betreffend Klima- und Energie-Charta, in welchem der Gemeinderat nicht bereit war, das Postulat entgegen zu nehmen, wird vom Gemeinderat zurückgezogen. In der Ratsordnung steht beim § 35 Motionen und Postulate können schriftlich bei der Einreichung oder mündlich anlässlich begründet werden. Die Beratung erfolgt spätestens an der 3. Sitzung nach Bekanntgabe des Eingangs im Rat. Aufgrund einer schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates, findet die Aussprache und die Abstimmung über die Erheblichkeitserklärung statt. Da wir keine schriftliche Erklärung oder Stellungnahme haben, würden wir das zurückziehen und das nächste Mal wieder auf die Traktandenliste setzen.

Ich muss noch den Rücktritt von André Tinner, FDP-Fraktion bekannt geben. Das Rücktrittsschreiben wird vorgelesen. Die Ersatzwahl findet noch heute statt.

Ich habe nochmal ein Rücktrittsschreiben erhalten. Allerdings nicht auf die heutige Sitzung, sondern nach der heutigen Sitzung. Ich lese es trotzdem noch schnell vor, dass ihr auch informiert seid. Das Rücktrittsschreiben von André Kummer, SVP-Fraktion, der Austritt ist per 28. Mai 2021. Er kommt heute etwas später, weil er Probleme mit seinem Dienst hat. Das Rücktrittsschreiben wird vorgelesen.

Folgende Personen haben sich entschuldigt: Marcel Müller, verspätet kommt noch André Kummer. Wir sind im Moment 38 vereidigte Einwohnerräte, das heisst, das absolute Mehr beträgt 20.

Zu den **Mitteilungen: Bettina Lutz Gütler, Gemeindeammann:** Ich habe folgende Mitteilungen zu machen. Betreffend Schulhaus Goldiland, dort wurde die Baubewilligung erteilt. Die Planungsarbeiten für Details sind im Gange.

Wie Sie wahrscheinlich mitbekommen haben, hat der Grosse Rat jetzt über das Regionale Gesamtverkehrskonzept Oase entschieden. Auf Antrag vom Regierungsrat werden zuerst die Massnahmen im Raum Brugg im Richtplan festgesetzt. Hingegen werden die Infrastrukturmassnahmen im Raum Baden noch nicht im Richtplan festgesetzt, sondern einheitlich auf dem Stand Zwischenergebnis belassen. Die Gemeinde hat mittlerweile eine Einladung erhalten vom Kanton für eine Startsituation um die Pläne zu überarbeiten. Vertreten sind dort die betroffenen Gemeinden und die Regionalplanungsverbände.

Zwischen der Vertretung der Post und Vertreter vom Gemeinderat hat ein Gespräch stattgefunden. Die Post hat darüber informiert, dass sie prüft, ob die Niederlassung im Markthof geschlossen werden soll. Der Gemeinderat hat verschiedene Gegenargumente angeführt und sich auch mit der Postdirektion in Bern in Verbindung gesetzt. Mittlerweile ist ein Schreiben eingegangen, wonach die Post im Standort Markthof festhält.

Der Stand von verschiedenen Planungsarbeiten; Die Planungskommission hat den Masterplan zum Bachmattareal erarbeitet und dieser ist zum ersten Mal beim Gemeinderat gewesen. Jetzt müssen noch gewissen Fragen abgeklärt werden, bevor definitiv entschieden wird.

Wir sind in Diskussion mit dem Entwickler Schild Ost um die letzten ungeklärten Punkte, in welchen man sich noch nicht hat einigen können. Es handelt sich dabei um ein sehr zentrales Areal im Herzen von dieser Gemeinde und da ist es ganz wichtig, dass man für die Allgemeinheit eine gute Lösung hinbringt. Wir hoffen sehr, dass wir zu einer Einigung kommen.

Ich darf Ihnen ankündigen, dass beim Kommunalen Gesamtplan Verkehr ab nächster Woche die Mitwirkung stattfindet. Die offizielle Publikation findet in der nächsten Woche am Donnerstag in der Rundschau statt. Aber schon am Montag wird der Plan auf der Internetseite von der Gemeinde aufgeschaltet sein. Parallel dazu findet die Prüfung durch den Kanton statt. Es ist weiterhin geplant, den kommunalen Gesamtplan Verkehr dem Einwohnerrat an der Sitzung vom September zur Kenntnis zu bringen.

Das Parkraumkonzept kommt in seinem Entwurf im Juni in den Gemeinderat und soll im Einwohnerrat ebenfalls im September vorgelegt werden. Es ist geplant, dass sie dann entscheiden können, welche Variante weiterverfolgt werden soll. Anschliessend wird die Verwaltung für die gewählte Variante ein konkretes Vorprojekt ausarbeiten und den Kredit zu Händen vom Einwohnerrat vorbereiten.

Dann haben wir noch ein hängiges Postulat von der SVP-Fraktion betreffend Littering. Wie ich schon das letzte Mal gesagt habe, möchten wir das erst dann zum Abschreiben bringen, wenn ein Projekt von der Videoüberwachung Ihnen auch vorgelegt werden kann. Das Reglement für die Videoüberwachung liegt bereits in einem Entwurf vor. Eine Verkabelung zu den Schulhäusern ist sichergestellt. Aktuell geht es noch um die genaue Platzierung von den verschiedenen Kameras und der Einholung von Offerten, damit wir einen Kredit bei Ihnen beantragen können.

Und als letztes, der 1. August 2021. Die Planungen für die Bundesfeier haben angefangen. Wir haben uns entschieden, dass wir versuchen wollen, das Fest auf die Beine zu stellen. Wir hoffen sehr, dass wir es dann auch wirklich durchführen können. Es wäre uns eine sehr grosse Freude, weil es der erste grössere, öffentliche Anlass nach über 1.5 Jahren wäre.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es geht um die Anfrage von Professor Dr. Lüthi, Kirchdorf. An der letzten Einwohnerratssitzung vom 11. März 2021, sind Sie darüber informiert worden, dass der Gemeinderat bereit ist, die eingereichte Motion vom Mitbürger, Professor Dr. Lüthi, Kirchdorf als Anfrage entgegen zu nehmen. Mit dieser Anfrage, wird der Wunsch geäussert, dass bei der Einmündung Kirchenweg Ost in die Landstrasse eine Veloquerung über die Landstrasse markiert werden soll. Laut § 9 Abs. 2 von unserer Gemeindeordnung sind Anfragen von Stimmberechtigten spätestens an der nächsten Einwohnerratssitzung zu beantworten. Weil es sich bei der Landstrasse um eine Kantonsstrasse handelt, muss das Anliegen durch den Kanton geprüft werden. Von dort steht ein Bericht noch aus. Darum ist der Gemeinderat nicht in der Lage, heute zu der Anfrage Stellung zu nehmen, wird es aber machen, sobald eine Antwort vorliegt.

Daniel Jenni: Falls Verständigungsfragen auftauchen, dürfen diese gestellt werden. Eine Diskussion gibt es aber eigentlich nicht.

Christian Keller, Gemeinderat: Ich darf euch heute Abend erklären, wie dass der Gemeinderat die Zukunft unserer Führungsstrukturen an unserer Schule sieht. Die Lösung hat eine Arbeitsgruppe, welche der Gemeinderat eingesetzt hat, erarbeitet. Das ist schon vor der Volksabstimmung gewesen. Im letzten Mai hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe bestehend aus Bruno Glettig, Gesamtschulleiter, Jacqueline Schmid, Präsidentin der Schulpflege, Martin Gschwend, ehemaliger Bezirksschullehrer, den viele vielleicht kennen, und mir ins Leben gerufen. Mit der Aufgabe betraut, die Ablösung von der Schulpflege durch neue Führungsstrukturen vorzubereiten. Das war, wie schon gesagt, im Mai gewesen. Am 27. September 2020 war dann die Volksabstimmung, an welcher ziemlich klar ergeben hat, die Schulpflege soll abgeschafft werden und durch neue zeitgemässe Führungsstrukturen ersetzt werden. Die Arbeitsgruppe hat zum ersten Mal Anfang Juli, kurz vor den Sommerferien, getagt. Wir hatten dann

mehrere Sitzungen und haben auch eine Umfrage unter anderen Schulen, welche ähnlich gross sind und aus der Region sind, wie sie da vorgehen und planen, gemacht. Wir haben daraus einen Entwurf erarbeitet und dem Gemeinderat gebracht. Das war am 14. Dezember 2020. Der Gemeinderat wurde informiert und hat im Grundsatz in die richtige Richtung bestätigt. Das haben wir dann weiterbearbeitet. Im Februar gab es ein zweites Treffen zwischen dem Gemeinderat und der Arbeitsgruppe. Dann hat der Gemeinderat den Grundsatzentscheid betreffend Delegation von Entscheidungen, von einer Einsetzung von einer Schulkommission und von der künftigen Ressourcierung der Schule bestätigt. Aufgrund von dem, konnten wir dann weiterarbeiten. Heute ist offiziell die Information vom Einwohnerrat über das Vorgehen und die gefällten Entscheide. Nächste Woche werden wir mit einer Medienmitteilung auch die Bevölkerung informieren. Was jetzt noch bevor steht, das sind die Ausarbeitung und Anpassungen von den Reglementen. Das ist bereits am Laufen. Da sind involviert, insbesondere unser Gemeindeschreiber, Thomas Zumsteg, Bruno Glettig, als Gesamtschulleiter und ich.

Der nächste grosser Meilenstein ist der Budgetprozess und die Budgetsitzung vom Einwohnerrat. Per 1. Januar 2022 werden dann die neue Führungsstrukturen in Kraft treten. Ziele, welche wir verfolgt haben bei der Erarbeitung von dieser Lösung, das sind drei auf ENZ. Nämlich Effizienz, Kompetenz und Akzeptanz. Effizienz bedeutet, wir möchten möglichst kurze Entscheidungswege mit wenig Doppelspurigkeit, wenig Administration, mit klaren Kompetenzen. Also es soll kein Know-how verloren gehen, welches jetzt bei der Schulpflege ist. Sondern es soll möglichst in einem engen Kreis sein, in welchem professionell gearbeitet wird. Das Ziel ist da, akzeptierte Entscheidungen, möglichst kein Rekurs geben. Das Ziel ist, Akzeptanz zu haben bei der Bevölkerung, insbesondere bei den Eltern. Und das alles ist daraus ausgerichtet, dass es der Nachhaltigkeit entspricht und keine Überlastung geben wird von einzelnen Personen, sei es in der Schulleitung, Schulverwaltung oder auch im Gemeinderat.

Es sind insbesondere drei Themen, welche im Fokus stehen. Das sind die Entscheidungskompetenzen, das zweite die Einsetzung von einer Schulkommission und das Dritte ist die Ressourcierung. Grundsätzlich haben wir versucht, möglichst alle Entscheidungskompetenzen an die Schulleitung zu delegieren, sofern das möglich ist. Der Gemeinderat wird nur dann involviert sein, wenn es Uneinigkeiten bei Übertrittsentscheidungen gibt und bei Strafentscheidungen. Dann ist der Gemeinderat für Entscheide verantwortlich, welcher gar nicht delegierbar ist. Das betrifft z. B. die Auflösung von Arbeitsverhältnissen in der Schule. Das ist etwas, was die Schulleitung nicht selber machen kann. Das muss zwingend an den Gemeinderat.

Dann der zweite Punkt, die Schulkommission. Der Gemeinderat hat entschieden, dass er keine ständige Schulkommission einsetzt. Damit folgt er der Empfehlung der Arbeitsgruppe. Die Gründe sind einfach erklärt. Es geht um Effizienz und es geht um die fehlenden Entscheidungsbefugnisse, welche solch eine Kommission hätte. Als man den ganzen Prozess mit der neuen Führungsstruktur ins Leben gerufen hat, da hat man schon angefangen mit der Einführung der Schulleitung. Es ist alles eigentlich danach ausgerichtet, dass die Entscheidungsprozesse an den Schulen effizienter werden. Wenn man jetzt eine Schulkommission einsetzen würde, würde man das Ziel durchkreuzen. Die Sozialdemokratische Partei hat den Gemeinderat in der Medienmitteilung aufgefordert; Wir möchten, dass der Gemeinderat da ernsthaft prüft, ob eine Schulkommission eingesetzt werden soll. Wir haben das selbstverständlich ernsthaft geprüft und angeschaut. Das war gerade in der Zeit, als der Prozess am Laufen war. Die Begründung man hat Angst gehabt, dass der Gemeinderat und die Schulleitung überfordert sein könnte und dass ein professionelles Begleitgremium wünschenswert wäre. Wir sehen das anders. Die Angst von der Überforderung vom Gemeinderat ist nicht begründet. Es gibt eine sehr enge Zusammenarbeit vom Gemeinderat und der Schulleitung. Die Schulleitung arbeitet höchst professionell. Und trotzdem können gewisse Mitwirkungen, vor allem von den Eltern an unserer Schule. Zurzeit wird ein Elternrat eingeführt. Der Elternrat hat aber auch keine Entscheidungsbefugnisse aber es ist eine offene Türe zur Schule, in welche sich die Eltern einbringen können. Da haben wir die Erfahrung noch nicht, aber es ist eine Möglichkeit, welches das Schulgesetz offenlässt und es an vielen Schulen auch schon gibt. Wir sind gespannt wie sich das entwickeln wird. Es hat sich übrigens gezeigt, dass die meisten Gemeinden, welche

mehr damit zu tun haben, auf eine Schulkommission verzichten. Was weiter möglich wäre, das sind Projektkommissionen. Aktuell haben wir die Baukommission Goldiland. Selbstverständlich werden solche Kommissionen auch in Zukunft ins Leben gerufen, wenn es nötig ist.

Ich komme zum dritten Teil. Dies ist die Ressourcierung von der Schule. Bisher waren jährlich CHF 50'000 für die Schulpflege im Budget eingestellt gewesen. Mit den Mitteln, welche jetzt frei werden, soll der künftige Mehraufwand gedeckt werden, welche in der Schule anfallen werden, bei der Schulleitung und bei der Schulverwaltung. Ausserdem kann es sein, dass man einen rechtlichen Beistand benötigt, also muss man Reserven haben und das sind Fragen, welche dann im Budgetprozess geklärt werden müssen. In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde Obersiggenthal für die Schulleitung 30 % zusätzliche Stellenprozente bewilligt. Ansonsten wird die Schulleitung eigentlich vom Kanton bezahlt. Das würden wir gerne beibehalten mit der Einführung von den Führungsstrukturen. Bisher sind die 30 % Stellenprozente gerechtfertigt worden über grosse Projekte an der Schule. Das ist der neue Aargauer Lehrplan. Die neue Ressourcierung von der Schule, welche auf einem globalen Budget beruht und der neuen Führungsstrukturen, im Prozess in welchem wir gerade mitten drin sind. Neu sollen die 30 % Stellenprozente von der Gemeinde eingesetzt werden, für die zusätzlichen Aufgaben, welche durch die neuen Führungsstrukturen anfallen. Insbesondere solche, die im Zusammenhang stehen mit der Gemeinde. Das sind kommunale Aufgaben, welche die Schulleitung auch noch wahrnehmen wird. Die zusätzlichen Arbeiten, welche die Schulleitung haben wird, können kompensiert werden. Auch bei der Schulverwaltung wird zusätzlich ein Aufwand anfallen. Dort werden die Stellen um 10 % erhöht. Das sind Aufgaben, welche klassischerweise über die Schulpflege gelaufen sind z. B. Protokollierung und Begleitung von Elterngesprächen mit der ganzen Aktenführung. Dieses fällt zukünftig an die Schulverwaltung und muss irgendwie getragen werden. Für das werden wir eine Erhöhung vom Stellenpensum beantragen. Auch auf den Gemeinderat kommt ein Mehraufwand zu. Das ist eigentlich sicher. Man weiss einfach nicht wie viel. In den Jahren, welche gut laufen, werden diese unten durchlaufen. Das ist kein Problem. Es kann aber sein, dass es bei den schwierigen Fällen geben wird, z. B. Rekurs gegen den Laufbahnentscheid, welche angefochten werden, in welchen die Rechtswege eingeschlagen werden. Das kann zu sehr viel Mehraufwand führen. Wir sind uns im Gemeinderat noch nicht einig, wie wir mit dem umgehen wollen, das haben wir alle im Budgetprozess nochmals diskutiert, ob man das separat abgelten muss auf Stundenbasis. Das ist noch nicht ausdiskutiert worden. Und so geht es nun weiter.

Zurzeit arbeiten wir die Reglemente aus, Pflichtenhefter und den Prozessbeschrieb. Im Herbst werden wir die ausgearbeiteten Instrumente auch vorstellen. Im Budget 2022 werden im Vergleich zum Vorjahr keine zusätzlichen Kosten anfallen. Also man versucht die Überführung budgetneutral zu gestalten mit den CHF 50'000, welche von der Schulpflege wegfallen werden, werden die zusätzlichen Aufwände decken, die anfallen werden. Die konkreten Kostenverschiebungen werden dann mit dem Budget vorgestellt.

Daniel Jenni: Das war es mit den Mitteilungen. Wir haben zwei Neueingänge. Diese liegen bei euch auf dem Tisch. Das eine ist das Postulat Friedrich Wollmann im Namen von der SP-Fraktion betreffend medizinische Grundversorgung durch Hausärztinnen/Hausärzten in Obersiggenthal. Das zweite Postulat ebenfalls von der SP-Fraktion betreffend Prüfung, von einer fahrplanmässigen Busverbindung in den Hertenstein hinauf. Dann gibt es noch eine Korrektur zum letzten Protokoll, welches auch vor euch liegt.

Zum **Protokoll** des Einwohnerrates vom 11. März 2021 ist folgende Korrektur eingegangen:

Seite 17

Antrag SP-Fraktion

Antrag auf 5 Minuten Unterbrechung für die Absprache in den Parteien.

Korrekt wäre:

Antrag FDP-Fraktion

Antrag auf 5 Minuten Unterbrechung für die Absprache in den Parteien.

2 2021.11 Inpflichtnahme Hanne Rigter, SP, anstelle von Denise Hunziker und Nico Lalli, FDP, anstelle von André Tinner

Daniel Jenni: Ich muss mich rasch korrigieren. Wir sind aktuell nur 36 vereidigte Einwohnerräte. Zwei werden jetzt noch vereidigt und zwei fehlen noch. Es geht um die Inpflichtnahmen von Hanne Rigter, SP, anstelle von Denise Hunziker und Inpflichtnahme von Nico Lalli, FDP, anstelle von André Tinner. Inpflichtnahmen erfolgen gemäss Art. 2, Abs. 1, vom Geschäftsreglement des Einwohnerrates von Obersiggenthal. Ich bitte euch, Hanne und Nico, nach vorne zu kommen. Die Inpflichtnahme erfolgt durch das Nachsprechen des Wortes: Ich gelobe es. „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates, die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“ Ihr seid damit Mitglieder des Einwohnerrates von Obersiggenthal mit den Rechten und Verpflichtungen, die sich aus dem Ratsreglement der Gemeinde ergeben. Ich heisse euch im Rat willkommen und wünsche euch alles Gute.

Daniel Jenni: Damit wären wir jetzt 38 vereidigte Einwohnerräte. Das Mehr wäre damit bei 20.

3 2021/08 Ersatzwahl 2 Ersatzmitglieder Wahlbüro (infolge Wahl von Dario Meier und Kim Grab als Mitglieder Wahlbüro)

Daniel Jenni: Zur Wahl haben wir nur ein Ersatzmitglied. Da stellt sich die Frage, ob wir offen abstimmen oder ob es eine Urnenwahl braucht. Wenn eine Urnenwahl gewünscht ist, dann müssen vier Einwohnerräte dies verlangen. Wer eine Urnenwahl möchte, darf jetzt die Hand erheben. Da das nicht der Fall ist, stelle ich die Kandidatin schnell vor. Michelle Müller stellt sich zur Verfügung als Ersatzmitglied. Sie ist die Tochter von Marcel Müller, welcher heute nicht da ist und sie ist parteilos. Wer jetzt Michelle Müller als Ersatzmitglied des Wahlbüros ernennen möchte, soll jetzt bitte aufstehen.

Michelle Müller wird einstimmig ins Wahlbüro gewählt.

Daniel Jenni: Wie gesagt es fehlt noch ein Mitglied. Es wäre schön, wenn das Wahlbüro bzw. die Ersatzmitglieder des Wahlbüros wieder vollständig wären. Was auch schön wäre, wenn es nicht unbedingt Verwandte sind von politisch Aktiven Leuten sind. Das gibt bei den Wahlen Probleme, dass man gewisse Leute aus dem Wahlbüro dispensieren muss, weil sie ja die eigenen Eltern, die eigenen Verwandten, wählen. Wir sollten Leute anfragen, welche nicht unbedingt in einer Partei sind.

4 2021/09 Rechnung 2020

Eintreten nicht bestritten

Linus Egger, Vizeammann: Die Rechnung 2020 wurde Ihnen dieses Jahr in einer neuen Darstellung präsentiert. Sie ist freundlicher und kann noch weiter ausgebaut werden. Die Jahresrechnungen werden auf der Homepage, Abteilung Finanzen in der interaktiven Version dargestellt, auch graphisch. Sie können verschiedene Einstellungen vornehmen. Schauen Sie sich diese Darstellung einmal in aller Ruhe an. Obersiggenthal ist im Aargau die erste Gemeinde, welche diese Darstellung gewählt hat. Dafür möchte ich Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, herzlich danken. Jetzt steige ich ein in die Rechnung.

Aufwände

Zuerst einmal zu den Hauptgründen beim Aufwand. Bei den Personalkosten haben wir das Budget um rund CHF 100'000 unterschritten.

Beim Sach- und Betriebsaufwand unterschritten wir das Budget um rund CHF 260'000.

Die Einlagen in den Fonds (Mehrwertabgabe) von CHF 874'000 waren nicht budgetiert. Auf diese Position und deren Auswirkungen komme ich später noch darauf zurück.

Beim Transferaufwand haben wir rund CHF 200'000 weniger Kosten als gegenüber dem Budget.

Erträge

Beim Fiskalertrag, überschritten wir das Budget um CHF 945'000. Darin ist auch die Mehrwertabgabe von CHF 874'000 enthalten.

Beim Entgelt schloss die Rechnung rund CHF 300'000 tiefer ab, als budgetiert. In dieser Position werden die Amtshandlungen der Gemeinde abgerechnet.

Beim Transferertrag schloss die Rechnung rund CHF 170'000 tiefer ab, als budgetiert. Diese Position beinhaltet vor allem Gutschriften vom Bund und Kanton für Sozialhilfe

Das operative Ergebnis schliesst CHF 170'000 besser als budgetiert. Dieses Ergebnis konnten wir nicht unbedingt erwarten. Der ausserordentliche Ertrag von CHF 420'000 durften wir letztmals aus den Aufwertungsreserven entnehmen.

Bei den Nettoinvestitionen sind wir deutlich über dem Budget. Warum ist das so? Der Antrag für die Sanierung der Hallendecke vom Hallen- und Gartenbad wurde vom Einwohnerrat erst nach dem Budget bewilligt.

Der Selbstfinanzierungsgrad ist CHF 2.6 Mio., besser als budgetiert. In diesem Betrag ist die Mehrwertabgabe berücksichtigt. Dadurch wurde auch das Finanzierungsergebnis beeinflusst.

Wie bereits erwähnt, haben wir bei den Personalkosten das Budget unterschritten. Es konnten nicht alle Stellen rechtzeitig besetzt werden.

Wegen Covid 19 hatten wir bei diversen Positionen weniger oder keine Auslagen, weil diese vorgesehenen Aktivitäten (z.B. Schulreisen, Schulschwimmen, Einwohnerratssitzungen) nicht durchgeführt werden konnten.

Die Einsparung beim Schulschwimmen führte beim Hallen- und Gartenbad zu weniger Einnahmen und dadurch vergrösserte sich das Betriebsdefizit um diesen Betrag.

Covid 19 verursachte bei unserer Gemeinde Mehraufwendungen von CHF 200'000. Die setzen sich wie folgt zusammen: Spitex CHF 50'000, medizinisches Material CHF 60'000 und der zusätzliche Reinigungsaufwand bei den Schulliegenschaften etc. betrug CHF 100'000.

Die Mehrwertabgaben von CHF 874'000 habe ich bereits erwähnt und die Mehrausgaben bei den Investitionen von 1.7 Mio. betreffen die Decke beim Hallen- und Gartenbad.

Jedes Jahr sind auch die Kosten der Spitex ein Thema. Ich habe mir die Mühe genommen und habe das Gespräch mit den Verantwortlichen der Spitex LAG gesucht um diverse Punkte zu besprechen. Nachstehend sehen sie die Entwicklung vor und nach dem Zusammenschluss der Pflegestunden. Der Zusammenschluss erfolgte auf den 01.07.2019. Die Totalstunden (Pflege und Hauswirtschaft) stiegen von 19'900 Stunden auf 23'500 im Jahre Jahre. Davon wurden 7'500 Stunden für die Hauswirtschaft aufgewendet. Allein bei der Pflege stiegen die Stunden von 11'600 Stunden auf 15'900 Stunden. Diese massiven Steigerungen führen zu Mehrkosten.

Was hat die Gemeinde für die Spitex vor dem Zusammenschluss und nachher bezahlt. Im 2017 haben wir CHF 1.2 Mio. bezahlt, im 2018 ebenfalls 1.2 Mio. Das erste Halbjahr im 2019 wurde noch von der ursprünglichen Organisation abgewickelt und das zweite Halbjahr von

der neuen Organisation. Im Jahre 2019 betrug der der aufgewendete Betrag CHF 1.3 Mio. und im 2020 betrug der Betrag CHF 1.37 Mio. In diesen Betrag sind die bereits erwähnten Beträge für Covid 19 CHF 50'000 und die Nachzahlung für das Jahr 2019 von ebenfalls CHF 50'000 enthalten.

Auf der Spitex Auswertung waren die Altersgruppen der 7 Vertragsgemeinden aufgeführt. Interessant sind zwei Altersgruppe für unsere Gemeinde. Bei den 65- jährigen und älter haben wir mit 22 % den höchsten Wert. Der kantonale - und schweizerische Durchschnitt beträgt 17-18 %. Überrascht hat mich die Säule der Alterkategorie der 20-39- jährigen. Bei diesen Jahrgängen haben wir 23 % von der Gesamtbevölkerung. Hier haben wir den tiefsten Wert aller Vertragsgemeinden der Spitex LAR.

Nettoschuld Einwohnergemeinde

Aus der Grafik Nettoschuld ist ersichtlich, dass diese Ende 2020, 17.1 Mio. beträgt. In der Prognose war ein Wert von 19 Mio. vorausgesagt worden. Die bereits erwähnte Mehrwertabgabe half uns diesen Wert zu verbessern. Die Entwicklung der Nettoschuld pro Einwohner beträgt CHF 1'978.

Selbstfinanzierung der Spezialfinanzierungen

Und noch die letzte Folie Selbstfinanzierungen. Aus dieser ist ersichtlich, dass wir 1 Mio. weniger als budgetiert investiert haben. Wenn man die Details näher betrachtet ist ersichtlich, dass die Gebühren bei der Budgetbesprechung näher betrachtet werden müssen, vor allem die Gebühren bei der Abfallentsorgung. Selbstverständlich müssen auch die Gebühren beim Wasser und bei der Abwasserentsorgung bei der Erstellung des Finanzplanes diskutiert werden.

Uschi Haag, Präsidentin FIKO: Ihr habt ja unseren Bericht erhalten von der Fiko. Ich habe dazu keine weiteren Bemerkungen zu machen. Die Rechnung, welche das Jahr in einer sehr übersichtlichen, schönen Form dem Einwohnerrat zur Verfügung gestellt worden ist, braucht keine weiteren Ergänzungen. Wir haben gestern, Sandra und ich, die Revision von der Kasse in der Gemeinde durchgenommen. Es wurden folgende Kassen geprüft: Bibliothek, Ludothek und die vom Jugendnetz. Wir wurden überall sehr nett empfangen und alles war zu unserer Zufriedenheit.

Peter Huber: Die SVP-Fraktion hat die Rechnung angeschaut. Wir haben den Vorteil, dass wir zwei Mitglieder in der Fraktion haben, welche uns beim Anschauen unterstützen können. Wir bedanken uns für die Neugestaltung der Rechnung, die ist bei allen sehr positiv angekommen. Auch wenn der Abschluss positiv aussieht, ist die Lage aus unserer Sicht immer noch sehr schwierig. Die letzte Entnahme aus der Auswertungsreserve hat das Ergebnis eher positiv ausgeführt. Mehraufwendungen wegen Covid-19 und Spitex rund CHF 400'000, haben das Ergebnis in die andere Richtung geführt, also eher negativ. Und leider hat es weniger Ausgaben gegeben, weil gewisse Anlässe nicht durchgeführt werden konnten. Wir bedanken uns bei der Fiko für den ausführlichen Bericht und die wertvolle Arbeit, welche geleistet worden ist. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion hat die Rechnung 2020 zur Kenntnis genommen und taxierte es als durchaus solides Ergebnis. Wenn man die Herausforderungen anschaut, mit welchen wir konfrontiert worden sind im letzten Jahr, kann man sagen, dass wir eher leicht positiv überrascht gewesen sind. Die üblichen Sorgenkinder haben auch im letzten Jahr ihren negativen Beitrag an die Rechnung geleistet. Allerdings muss man fairerweise sagen, dass die Spitex, da hat es auch den Sonderfaktoren gehabt, welche auch eine Rolle gespielt haben. Sorge bereitet uns der Steuerabschluss. Wenn wir dort schauen, fällt vor allem auf, dass wir Probleme haben, beim Steuerertrag von den natürlichen Personen im Rechnungsjahr. Wir haben diverse Sondersteuern gehabt, welche nach oben ausgeschlagen haben. Aber das Resultat, die Entwicklung bei den natürlichen Personen im Rechnungsjahr, das bereitet uns eher Sorgen. Die Rechnung muss man nicht schlecht machen. Sie ist wirklich solide ausgefallen. Wir sind aber trotzdem der Meinung, dass es noch kein Zeichen gibt zur Entspannung in dem Finanzhimmel. Wir haben grosse Investitionen beschlossen, die müssen wir noch alle stemmen.

Wir werden immer mit neuen Ausgaben konfrontiert, welche wir im Voraus nicht sehen können. Covid-19 ist nicht etwas gewesen, was wir ahnen konnten. Wir hoffen auch, dass das nicht jedes Jahr passieren wird, logischerweise. Aber trotzdem kann es immer wieder Ereignisse geben, welche die Rechnung negativ beeinflussen wird. Darum ist es unserer Meinung nach wichtig, weiter eine grosse Ausgabendisziplin zu haben. Ich denke, das ist im letzten Jahr recht gut der Fall gewesen und es ist unserer Meinung nach wichtig, dass wir weiterhin Investitionen kritisch hinterfragen und da auch wirklich das Notwendige machen und das Wünschenswerte in die Schublade versorgen.

Mia Jenni: Wir haben als SP-Fraktion auch die Rechnung sowie auch den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis genommen und haben auch die einzelnen Punkte ausführlich diskutiert. Auch wir möchten uns für die neue Darstellung bedanken. Mit den Pfeilen und den Prozentzahlen ist es viel leserlicher geworden und wir haben viel mehr Einsicht bekommen, wo sich Sachen verändert haben. Wir möchten uns auch für die ganze Arbeit, die da eingeflossen ist, bedanken. Was noch zu sagen ist zu dem Steuerertrag, dass wir nicht alles alleine als Gemeinde stemmen können, sondern auch noch schauen müssen, wo das Geld sonst noch herkommt. Dass wir z. B. auf kantonaler Ebene für eine Steuerpolitik kämpfen sollten, in welcher die Gemeinden nicht immer hintenanstehen. Stichwort "Steuergesetz Revision", das dieses Jahr ansteht. Bitte habt ein Auge darauf, dass eure Grossräte und Grossrätinnen darum kämpfen, damit nicht immer weniger Einnahmen hinzukommen.

Urs Müller: Der Gemeinderat und die Verwaltung haben die Budgetvorgaben sehr gut eingehalten. Wir können fast von einer Punktlandung reden. Die Corona-Pandemie hat sich vorläufig nicht so stark ausgewirkt, wie wir das befürchtet haben. Auch bei den Steuereinnahmen liegen wir sehr nahe beim Budget. Negativ ist sicher, dass der finanzielle Spielraum von der Gemeinde ständig viel kleiner wird. Immer mehr gebundene Ausgaben kommen auf uns zu. Das wurde gerade erwähnt von der Mia Jenni, die Steuersenkungen, welche anstehen, welche sich natürlich bei den Gemeinden auswirken werden. Wir begrüssen darum ausdrücklich, dass der Gemeinderat sich beim Kanton dafür einsetzt, dass die zusätzlichen Ausschüttungen von der Nationalbank auch den Gemeinden zu Gute kommen. Wir möchten auch da die Fiko dazu auffordern, dem Anliegen noch Druck zu geben.

Daniel Meier: Das Meiste wurde schon gesagt, von Links und Rechts. Zum Ergänzen; ich denke die Rechnung ist wirklich sehr gut dargestellt. Das hilft vor allem mit den elektronischen Medien, in welche wir doch das letzte Jahr noch viel hinblättern mussten. Die Rechnung an und für sich ist solide, wie das schon unserer Vorgänger gesagt haben. Wir haben das auch ähnlich beurteilt. Ich glaube, was wir auch noch sagen müssen, ist in einem doch sehr schwierigen Jahr mit Covid-19, da hat es sicher Up and Downs gegeben, wir müssen sagen, dass wir es doch recht gut gemeistert haben. Von dem her werden wir gespannt in die Zukunft schauen müssen und das Budget 2022 wird sicher interessant werden. Wo wir dann eben, wahrscheinlich das Eine oder das Andere gerade auf der Steuerseite diskutiert haben, die Konsequenzen sehen. Insbesondere möchten wir danken für die gute Aufarbeitung und in diesem Sinne werden wir der Rechnung zustimmen.

Daniel Jenni: Ich möchte noch erwähnen, wir sind jetzt 39 Anwesende vereidigte Einwohnerräte. Da heisst, das absolute Mehr ist weiterhin 20. Die Rechnung wird nach Sparten durchgegangen. Es wurden keine Fragen gestellt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Gemeinderat und Finanzkommission beantragen dem Einwohnerrat die Jahresrechnung für das Jahr 2020 unter Entlastung des Rechnungsstellers zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5 2021/10 Rechenschaftsbericht 2020

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Vor euch befindet sich der Rechenschaftsbericht von der Gemeinde Obersiggenthal für das Jahr 2020. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf den Inhalt eingehen. Trotzdem möchte ich ein paar Worte dazu verlieren. Der Rechenschaftsbericht von der Gemeinde umfasst 74 Seiten. Daran haben zahlreiche Personen, Kommissionen, Institutionen mitgewirkt. Der Bericht zeigt einen Querschnitt durch die Arbeit, die geleistet wird und listet wichtige Kennzahlen auf. Vielen herzlichen Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben. Angesichts vom Umfang des Rechenschaftsberichtes habe ich letztes Jahr darum gebeten, dass Fraktionen sich Gedanken zu Kürzungsmöglichkeiten zu machen und der Gemeinde diese einreichen. Als einzige ist Ursi Spinnler dem nachgekommen und hat uns ein ganzes Buch mit zahlreichen Kürzungsvorschlägen eingereicht. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei dir bedanken Ursi. Wie Ihr jetzt aber seht, ist der jetzige Rechenschaftsbericht nicht viel kürzer, wie der letzte. Das hat den Grund, dass in der Vergangenheit der Einwohnerrat immer wieder Anträge deponiert hat, was er alles in diesem Bericht sehen möchte. Und für uns ist es dann schwierig den Rechenschaftsbericht gerade um solche Informationen auch wieder zu kürzen. Und das nur gestützt auf eine Rückmeldung. Weil der Bericht nicht mehr gedruckt wird, sondern in Form von einem PDF vorliegt und es einfacher ist, die Berichte von den vielen Personen, Kommissionen und Institutionen zu bekommen, sind einfacher zusammen zu führen, und daher haben wir uns gegen eine Kürzung entschieden. Wir nehmen aber gerne Kürzungsanträge aus dem Rat entgegen und lassen darüber abstimmen.

Mia Jenni: Ich wollte es schon vorhin sagen, aber es ist ein wenig untergegangen. Wir möchten natürlich auch von der Seite der SP-Fraktion für den Rechenschaftsbericht bedanken für all die Arbeit, welche da eingeflossen ist. Für uns ist es immer wieder eine Freude zu lesen und es ist auch eine Anerkennung für all die Kommissionen, welche die Gemeinde hat und auch auf welche wir stolz sein können.

Ursula Markwalder: Auch wir von der Mitte-Fraktion möchten allen danken, welche beigetragen haben beim Bericht. Sei es mit einem Text, mit Statistiken, mit Zahlen, mit was auch immer. Wir haben auch gefunden, dass der Bericht gut zu lesen ist. Wenn es jemand zu lange findet, dann soll er das herauspicken, was ihn interessiert. Ganz toll finden wir, dass wir den Bericht jetzt auch online lesen können. Das also jeder interessierte Bürger von der Gemeinde ihn aufrufen und sich informieren kann was in den Kommissionen und Gruppen gelaufen ist.

Micha Jetzer: Im Namen von der SVP-Fraktion möchten wir uns auch bedanken für den Rechenschaftsbericht für die ganzen Ausführungen und die Zahlen darin. Was uns aber ein Aha-Erlebnis gegeben hat, ist auf der Seite 64 ein Diagrammvergleich Energiekennzahlen Wärme. Hat uns eigentlich verwundert, dass der Kindergarten Kirchdorf eigentlich gerade vor dem Hallen- und Gartenbad der grösste Posten ist. Wir sind uns nicht ganz sicher gewesen, ob das ein Zahlenfehler ist.

Daniel Jenni: Ich weiss nicht, ob hier jemand etwas darüber weiss. Sonst kann man dem mal nach gehen. Damit wären wir mit dem Fraktionsvotum durch. Wir können, wenn Ihr wollt die einzelnen Kapitel durchgehen. Ist es ein Wunsch von jemanden, dass wir die einzelnen Kapitel

durchgehen? Dann soll er/sie jetzt aufstehen. Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir schon zum Antrag.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag

Der Gemeinderat und die Finanzkommission beantragen dem Einwohnerrat den Rechenschaftsbericht 2020 zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6 2019/35 Verpflichtungskredit CHF 150'000 für das Erscheinungsbild Landstrasse K114 für die Fertigstellung des Entwicklungsrichtplanes und die Ausarbeitung eines Sondernutzungsplanes (Rahmengestaltungsplan)

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Sie wissen, die Landstrasse ist sehr stark frequentiert. Wir erleben das jeden Tag. Umso wichtiger ist es, dass wir im Bereich von dieser Landstrasse uns Gedanken machen, wie die Umgebung aussehen soll. Wir befinden uns mit diesem Traktandum im Bereich vor einem gesetzlichen Auftrag. Da sieht man, dass Strassenabschnitte mit einer höheren Belastung als 15'000 Motorfahrzeuge pro Tag, müssen mit einer bestimmten Planung aufgewertet werden. Man muss versuchen Siedlungsverträglichkeiten zu erzielen. Man hat bereits im Jahr 2015 einen Kredit gesprochen in dem Gremium zur Umsetzung von dem Richtplanbeschluss. Man hat dann ein Projekt aufgearbeitet. Das hat in drei Phasen stattgefunden.

In der Phase eins hat man sich mit dem Gebiet in Nussbaumen befasst, welches ja die grösste Verkehrsbelastung aufweist. In einer Phase zwei hat man dann auch die Abschnitte Richtung Kirchdorf und Rieden angeschaut, jeweils bis an die Gemeindegrenzen. Es wäre geplant gewesen, in einer dritten Phase, dass ein solcher Entwicklungsrichtplan ausgearbeitet wird. Darauf hat man aber verzichtet, weil die finanziellen Ressourcen schon ziemlich aufgebraucht sind. Und man hat sich dann auf die Entwicklung von Entwicklungsthesen geeinigt. Und das Ergebnis ist ein solches Leporello gewesen. Die meisten von Ihnen haben das erhalten. Das ist auch vorgestellt worden an einer Informationsveranstaltung. Das ist damals auf eine sehr breite Zustimmung gestossen bei den Mitgliedern vom Einwohnerrat und von den Kommissionen. Es zeigt eine sehr umfangreiche Arbeit und Auseinandersetzung mit räumlichen Anforderungen rund um die Landstrasse und auch der untere Teil von der Hertensteinstrasse. Allerdings ist das in keiner Art und Weise verbindlich. Und das ist jetzt auch der Grund warum wir wieder da sind und der Kreditantrag bei Ihnen vorgetragen wird. Wir möchten uns nämlich gerne mit den Entwicklungsthesen auseinandersetzen. Den Versuch von der räumlichen Lösung von dieser Verkehrsbelastung in eine Verbindlichkeit zu überführen.

Wir kommen dazu, was jetzt die nächsten Schritte wären. Es sind im Wesentlichen zwei Pläne. Das ist zum einen der kommunale Richtungsplan. Der ist behördenverbindlich und zwar für die Gemeinde und für den Kanton. Und der Inhalt entspricht mehr oder weniger dem, was im Leporello drin ist. Das Leporello ist auch in der Aktenaufgabe enthalten. Und dann gibt es einen zweiten Plan. Das ist ein sogenannter Rahmengestaltungsplan. Der ist dann Grundeigentümergebunden. Und damit möchte man den Raumbedarf für die Umsetzung von den Prinzipien, welche man da entwickelt hat, sichern. Im Austausch gegen eine höhere Dichtung, so-

fern man ins Grundeigentum eingreifen muss, indem man das verplant. Zuerst der Entwicklungsrichtplan. Das ist die erste Massnahme. Die Verbindlichkeit ist für die Behörden gegeben, für Gemeinde und der Kanton. Der Entwicklungsrichtplan ist aber nicht verbindlich für Grundeigentümer. Der Perimeter ist nicht Parzellenscharf. Es wird zwar dann auf diesem Plan eine Linie geben aber die ist nicht absolut, sondern da gibt es auch Abweichungen +/- X Meter. Der Perimeter erstreckt sich über die gesamte Landstrasse. Auf dem Gemeindegebiet und auf der Hertensteinstrasse bis und mit Kreuzung mit dem Kirchweg. Also die Kreuzung beim Schulhaus Bachmatt, die ist auch umfasst von diesem Entwicklungsrichtplan. Das Ziel ist, dass sich Behörden künftig an die Vorgaben halten müssen. Und das Ziel ist auch, Basis für die anschliessende entwickelnde Rahmgestaltungplan, welche dann eben Eigentümerverbindlich sein soll, zu legen. Also an diesem Entwicklungsrichtplan orientiert man sich. Wenn man nachher hinget und dann das Eigentümerverbindlich versucht auszuarbeiten. Der Inhalt, das sind Aussagen dazu, wie sich der Strassenraum und die angrenzenden Gebiete entwickeln sollen, wie das etwa aussehen soll, was die wichtigsten Ausgestaltungen sein sollen. Die wesentlichen Funktions- und Gestaltungsprinzipien sollen dargestellt werden. Also an und für sich geht es darum, dass was im Leporello drin ist, umzusetzen, in diesem Plan.

Wie sieht das Verfahren aus für diesen Richtplan? Wir würden starten mit einer Information von den Grundeigentümern entlang von der Landstrasse und entlang vom unteren Bereich der Hertensteinstrasse. Wir würden ihnen das Leporello aufzeigen und die grundsätzlichen Überlegungen darlegen und ihnen auch das weitere Vorgehen aufzeigen. Anschliessend käme es zu einer öffentlichen Information mit dem gleichen Inhalt. Dann würden wir zusammen mit Fachplanern den Entwicklungsrichtplan erarbeiten. Einen Entwurf entwickeln und würden begleitet von einer kleinen Begleitgruppe. In dieser Begleitgruppe sind unter anderem Vertreter vom Gemeinderat und vom Kanton, die nehmen dort Einsitz. Der Entwicklungsrichtplan wird dann in Diskussion erstellt und die Planungskommission wird da auch miteinbezogen sein. Dann wird der Entwurf beim Gemeinderat mal vorgelegt und der Gemeinderat wird dann eine Information beschliessen bzw. provisorisch mal den Entwurf genehmigen. Der Entwurf wird dann wieder vorgelegt an einer Informationsveranstaltung, dem Einwohnerrat, den Kommissionen, der Bevölkerung und auch dem Kanton.

Das ist dann auch der Auftakt zu einer Vernehmlassung. Nach Durchführung von dieser Vernehmlassung gibt es eine Bereinigung von diesem Entwicklungsrichtplan und dieser führt dann in einen Beschluss im Gemeinderat und in eine Genehmigung vom Kanton. Im Anschluss wird eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt. Dort zeigt man auf, wie der Entwicklungsrichtplan aussieht und wie das ganze Verfahren weiterläuft. Ich habe dort ein Pfeil gemacht Richtung Rahmgestaltungplan. Das werden Sie in diesem dann sehen, wie die Verknüpfung ist. Es wird an dieser öffentliche Informationsveranstaltung auch verwiesen auf das weitere Verfahren im Zusammenhang mit diesem Rahmgestaltungplan. Für den Entwicklungsrichtplan gibt es kein Rechtsmittelverfahren. Der Entwicklungsrichtplan ist nur behördenverbindlich und die Grundeigentümer sind nicht daran gebunden.

Dann kommen wir zum Rahmgestaltungplan. Der Rahmgestaltungplan, der ist eine Flughöhe tiefer. Das ist dann verbindlich für die Eigentümer und die Behörden, wiederum für Gemeinde und für den Kanton. Der Perimeter ist genauer definiert und zwar ist ein Rahmgestaltungplan gedacht nur für den Innerortsbereich der Landstrasse und der Hertensteinstrasse bis zur Kreuzung Kirchweg. Der Rahmgestaltungplan ist Parzellenscharf und zwar für die erste Bautiefe. Für die Parzellen, welche direkt an die Landstrasse anschliessen und für die Hertensteinstrasse bis zum Kirchweg. Das Ziel ist die Aufwertung vom Siedlungs- und Strassenraum entlang von den beiden Strassenabschnitten. Und der Inhalt ist die Sicherung vom Raumbedarf für die Umsetzung von den Funktions- und Gestaltungsprinzipien aus dem Entwicklungsrichtplan. Wenn man da eingreifen muss, durch die Planung, kann es dazu führen, dass sich Grundeigentümer je nach dem, Eingriffe gefallen lassen müssen, z. B. dass das Trottoir bis direkt an ihr Haus geht und dagegen soll eine höhere Dichtung ermöglicht werden. Das heisst, die Grundeigentümer werden kompensiert mit einer höheren Dichtung, in einem Raumplanerischenausgleich. Dazu muss ich sagen, Obersiggenthal ist die erste Gemeinde im Kanton Aargau, die solch einen Plan erarbeitet. Man hat noch keine Erfahrung im

Kanton Aargau. Das wird darum auch in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton gemacht. Die enge Zusammenarbeit mit dem Kanton führt auch dazu, dass der Kanton noch mehr verpflichtet ist. Beispiele für den Inhalt, das kommt dann sehr auf die konkreten Umstände an. Ich habe schon gesagt, die Sicherung von Raum für die konzeptionelle Zielsetzung. Das heisst Baulinien, mit Unterabständen zur Kantonsstrasse. Es geht darum, Grün- und Freiraumstrukturen zu sichern. Es geht darum, die Platzsituation im Bereich von der Hertensteinstrasse, also insbesondere zwischen dem Bachmattareal und dem Markthof zu sichern. Dann ist eben auch eine höhere Dichte entlang von der Landstrasse insbesondere bei Beanspruchung von privaten Grundstücken ein Thema. Dann wird eine höhere Ausnutzung möglich sein. Ich habe da mal gewisse Sachen herauskopiert. Oben ist die Landstrasse. Da sind wir in diesem Bereich, rechts sehen sie den Zentrumskeisel und da ist die Landstrasse Richtung Landschreiber. Wenn man jetzt nach oben sieht, hat es da Gebäude, an welche das Trottoir direkt an das Gebäude hingehet. Das Gebäude selber ist aber näher an der Landstrasse, wie es bei der BNO sein müsste. Man sucht da eben den Ausgleich. Wie das konkret aussieht, wird sich dann noch weisen. Es ist ein Planspiel gewesen. Auf dem Leporello hat es auch Gebäude, welche heute gar nicht mehr stehen. Zum Teil ist es auch die Darstellung im Leporello überholt, in dem bereits gewisse Bauten errichtet worden sind und gewisse Planungen stattfinden. Dann unten links sieht man ein Beispiel in Rieden. Das ist im Bereich von der Haltestelle Limmatsteg. Von links unten sieht man das Fusswegli von der Au her. Da sieht man kleinere Platzsituationen. Da ist es an und für sich angedacht, dass man da parkieren kann, um auch eine Nutzung im Erdgeschoss zu ermöglichen oder auch die Zufahrt zu Parkplätzen oder Garagen zu ermöglichen. Auf der rechten Seite sieht man einen Ausschnitt von Kirchdorf. Da sieht man, dass die Erschliessung von Seite der Landstrasse angedacht ist. Und die Idee ist dort, dass entlang von der Landstrasse ein Kleingewerbe Fuss fassen soll, dass dort Kleingewerbe betrieben werden kann und hinten längs zurückversetzt ist, dass man dort Wohnblöcke realisieren würde. Da sind wir bei der Hertensteinstrasse. Das ist eine spezielle Situation. Wir haben auf der linken Seite den Markthof. Und dort haben wir ja bereits schon einen Sondernutzungsplan, das Zentrum. Da hat man gewissen Einschränkungen. Da muss man schauen, wie man das löst. Das muss man noch anschauen mit dem Kanton. Wir wissen auch oben im Schild Ost ist bereits jetzt eine Planung am Laufen. Man weiss heute auch, dass das Gebäude, das als Projektplan einmal war nicht so ist, wie das hier gezeichnet ist. Da wird man sich noch weitere Gedanken machen müssen, auch das dort die Sondernutzungsplanung passieren wird. Auch dort sind schon Planungen im Gange. Man muss natürlich auf die konkreten Gegebenheiten achten, dass wird alles integriert. Was man aber nicht befürchten muss, dass alleine durch die Planung irgendwelche Eingriffe passieren werden. So lange die Häuser stehen, stehen sie weiter so. Es ist dann nicht so, dass die Gemeinde mit dem Bagger auffahren, in ihrem Sinn bereinigen würde.

Jetzt sind wir wieder da, beim Verfahren Gestaltungsplan. Wie sieht das da aus. Oben ist wieder der rote Pfeil. Sie erinnern sich, dort war die Informationsveranstaltung, dort hat man den Entwicklungsrichtplan erklärt und gezeigt wie das weitere Verfahren ist. Es wäre dann so, dass da ein erster Entwurf von diesem Rahmengestaltungsplan durch Experten und unter Einbezug wieder von einem Begleitgremium einmal ausgearbeitet wird. Es gibt dann eine öffentliche Informationsveranstaltung für die Grundeigentümer und Interessierte, je nach Wunsch auch Einzelgespräche. Dazu muss ich noch sagen, da wissen wir noch nichts genaueres, wie die Rahmengestaltungspläne aussehen sollen. Ob es wirklich einer ist oder ob es drei sind. Einer für Kirchdorf, einer für Nussbaumen und einer für Rieden aber das wird man mit dem Kanton klären. Je nach Rückmeldungen aus dieser Informationsveranstaltung wird es zur Überarbeitung von diesem Rahmengestaltungsplan kommen und je nach dem wird es nochmals eine Informationsveranstaltung geben.

Was heisst das, je nach dem? Je nachdem wie gross die Anpassungsarbeiten sind, wird man das nochmals darstellen müssen, wenn es aber nur marginale Anpassungen sind, dann wird man nachher direkt in die Entwicklung gehen. Die wird passieren in Form von einer Auflage. Nach dieser Mitwirkung wird es zu einer Bereinigung kommen. Bis jetzt war es immer so, dass man immer etwas gefunden hat, was bereinigt hätte sein soll. Dann wird es nochmals eine Informationsveranstaltung geben zum Auftakt von der öffentlichen Auflage. Diese wird dann

durchgeführt. Nach der Genehmigung wird dann je nach dem, was es da für Einsprachen gibt, gibt es Verhandlungen und dann gibt es einen Entscheid, Beschluss vom Gemeinderat und eine Genehmigung vom Kanton. Und da gibt es dann Rechtsmittel, welche dagegen ergriffen werden können.

Was passiert jetzt als Nächstes, wenn Sie dem Antrag vom Gemeinderat zustimmen? Als Nächstes werden dann die Fachplaner bestimmt zum Erarbeiten von diesem Entwicklungsrichtplan. Da bemühen wir uns, dass das möglichst speditiv und einfach passiert. Die Zusammensetzung vom Begleitgremium wird bestimmt und dann werden die Grundeigentümer informiert und es findet eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Start von diesem ganzen Projekt statt.

Urs Müller: Die Ausgangslage zu diesem Geschäft hat sich schon verändert seit es das letzte Mal hier war. Nämlich in dem der Kanton auf die Festsetzung im Richtplan z. B. Martinsbergtunnel vorläufig verzichtet. Uns scheint das ganze Projekt, worüber wir reden, steht und fällt im Verkehrsaufkommen auf der Landstrasse. Wenn der Verkehr in diesem Mass zunimmt, wie das in den letzten 10 Jahren passiert ist, dann ist das eine Alibiübung. Wenn wir da ein wenig Strassenkosmetik machen und gleichzeitig ein Korridor für den Schwerverkehr, ab der Deutschen Grenze haben. Aber wir sind heute der Meinung, dass man das Geschäft weiterverfolgen soll. Wir können unter der Voraussetzung zustimmen, dass der Gemeinderat alles unternimmt beim Kanton, den siedlungsverträglichen Verkehr auf unserer Landstrasse zu erreichen. Das heisst, nicht nur in Baden soll der Verkehr reduziert werden, sondern auch bei uns. Fragezeichen haben wir bei diesen geplanten Verbreiterungen des Strassenraumes. Wir fragen uns, ob das wirklich Siedlungs-, Trennungswirkung verbessert, wenn die Strasse breiter ist. Und das wäre ja vorgesehen mit den neuen Baulinien. Auch sehen wir auf dem Leporello, dass z. B. Velo Wege vorgesehen sind auf der Landstrasse in Nussbaumen. Da sind wir der Meinung, dass zuerst einmal der Velo Weg Kirchenweg, der der Hauptveloweg ist, sich verbessern soll, z. B. mit der Einmündung in die Landstrasse. Wir unterstützen aber heute den Verpflichtungskredit und hoffen aber, dass der Gemeinderat wirklich dranbleibt und beim Kanton unser Anliegen anbringt.

Volkmar Hauelsen: Die Landstrasse, das wissen wir alle, prägt die Gemeinde stark. Sie durchzieht die Gemeinde über die grösstmögliche Länge von West nach Ost und sie belastet uns mit einer gehörigen Verkehrsfrequenz. Die liegt, alles vor den Coronazahlen, irgendwo Mitte 20'000 Fahrzeuge pro Tag. Ein Vergleich, das ist gut 30 % mehr als die A2 oben am Gotthard hat. Das heisst, würde die A2 mit einer Verkehrsfrequenz von Göschenen-Airolo bei uns durch die Gemeinde führen, hätten wir bedeutend weniger Verkehr. Dem muss man Sorge tragen. Entweder man lässt den Raum sich entwickeln, wie er sich entwickelt oder man kümmert sich darum. Wir sind der Meinung, man muss sich darum kümmern. Nicht nur um den Strassenraum selber, mit Strassenbreiten, mit Aufteilung an den Verkehrsträger. Da stimme ich dem Urs Müller zu. Sondern auch die angrenzenden Parzellen und man muss sich auch um den Einfluss auf die gesamte Gemeinde kümmern. Je nachdem wie sich dieser Raum entwickelt, kann es zu einer brutalen Trennung von Obersiggenthal Süd zu Obersiggenthal Nord führen. Aus den Phasen, die gelaufen sind, die Bettina Lutz Güttler geschildert hat, die vom Rat gesprochen wurden, haben wir einiges gelernt und haben uns inspiriert, was vielleicht möglich sein könnte. Das ist alles schön, aber wir haben nichts in der Hand. Es ist nichts Verbindliches. Deswegen finde ich persönlich und wir von der Mitte-Fraktion den Schritt richtig. Das was wir gelernt haben in verbindliche Eckpfeiler zu übersetzen. Mit der nächsten Phase, dem beantragten Kredit, das heisst nicht, dass die Inhalte dieses Leporellos umgesetzt werden und die Bäume genau da gepflanzt werden, wo das gemalt ist, sondern das heisst, dass gewisse Grundsätze in den Entwicklungsrichtplanes und den Gestaltungsplan überführt werden. Der Zeitpunkt ist gut. Oase ist für uns auf dem Level Zwischenergebnis. Das heisst, wir können jetzt die Beine in die Hand nehmen und eine Handlungsfähigkeit für die Gemeinde sicherstellen. Deswegen stimmen wir dem zu. Die Finanzierung, die CHF 150'000 gehen aus dem Fond der Mehrwertabgabe. Das geht nicht aus dem Budget. Aber jeder Franken im Fond ist genauso Wert wie jeder Franken im Budget. Die Mehrwertabgabe muss zielgerichtet investiert werden. Die kann nicht für einen Kindergarten oder für ein 1. August Fest investiert werden. Und wir glau-

ben, dass diese Investition in die Landstrasse mit der entsprechenden Wirkung auf unsere Gemeinde richtig getätigt ist. Deshalb werden wir dem Antrag zustimmen.

Lukas Füglistler: Bettina Lutz Güttler hat das sehr gut erklärt, was bis jetzt gemacht worden ist. Sie hat auch erklärt, was die 4. Phase noch beinhalten wird. Die ersten drei Phasen sind abgeschlossen. Jetzt geht es darum Nägel mit Köpfen zu machen. Wir haben schon viel Geld ausgegeben. Und mit den CHF 150'000 sollte die Arbeit zum Ende gebracht werden können. Der Plan gibt schlussendlich dem Gemeinderat ein Instrument um die Landstrasse zukunftsgerichtet und zukunftsgerichtet zu entwickeln. Sind wir froh, hat der Kanton betreffend Oase den Entscheid gefällt. Für die langfristige Entwicklung ist das sicher ein sehr wichtiges Instrument. Vor allem in Bezug auf Anstösser und Grundbesitzer und allfälligen Investoren besteht nachher ein klarer Plan, was darf sein, was kann sein. Und so ist die 4. Phase elementar und notwendig. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat bei diesem Kredit auch Reserven darin hat, für allfällige Einwendungen. Und dass es sich um eine Pionierarbeit handelt, welche in diesem Rahmen noch nicht durchgeführt worden ist, ist eine vorsichtige Planung unter Einbezug von den diversen Anspruchsgruppen sicher sehr empfehlenswert.

Marco Erni: Die SP-Fraktion stimmt einstimmig dieser Vorlage zu. Dies aus den folgenden drei Gründen: Erstens, angefangene Arbeiten sollte man fertig machen und mit der bereits getätigten Arbeit, ist bereits die Revision erstellt worden. Die kann man gut in der Schublade verlieren oder wegwerfen. Eigentlich möchte man diese festhalten und darum sollten wir die Phase 4 in Angriff nehmen. Zweitens, wir sind für eine attraktive Gemeinde. Die Landstrasse ist ja unsere Hauptverkehrsschlagader und verbindet die drei Ortsteile. Das Problem ist, sie ist unattraktiv. Es ist eine Visitenkarte für Durchreisende. Wenn man die attraktiver gestaltet, sollte möglich sein, wenn man das aktiv in die Hand nimmt, dass das auch eine Aufwertung gibt. Egal ob es jetzt 10'000 oder 20'000 oder 25'000 Fahrzeuge hat. Es gibt Möglichkeiten die Querungen zu verbessern, Veloführung zu verbessern, Frei- und Grünraum zu verbessern. Das möchte man angehen mit dem nächsten Schritt. Und drittens, wir möchten jetzt die Entwicklung geordnet steuern. Wir haben jetzt die Chance aus diesem Leporello ein verbindendes raumplanerisches Instrument zu machen. Die helfen den Behörden, aber auch dem privaten Entwicklungsträger. Sie wissen, wie kann ich in Zukunft mein Gebäude planen. Wir möchten in der Gemeinde eigentlich mitreden und die Entwicklung von unserer Zentrumsachse steuern und attraktiver machen. Dazu benötigt es viele Jahre. So wie es Bettina Lutz Güttler eigentlich gezeigt hat, wird es lange dauern bis wir die Instrumente haben. Wir haben dann die Gelegenheit, uns alle Gedanken zu machen und nachher bin ich überzeugt, dass wir da etwas Gewinn bringend, herausholen können. Und darum sagen wir ja zur Kreditvorlage.

Peter Marten: Ich möchte dieser Euphorie zu dieser Vorlage einen kleinen Dämpfer verpassen, also mindestens bei mir. Ich habe die Vorlage 2-3 gelesen und weiss es jetzt heute Abend ein bisschen besser, Dank der Ausführung von Bettina Lutz Güttler, was überhaupt das Ziel ist. In der Vorlage ist gestanden, man möchte die Thesen präzisieren und weiterbearbeiten. Ich habe extra nachgeschaut im Protokoll vom 2019, als man das Geschäft zurückgestellt hat. Die Begründung warum das zurückgewiesen soll, ist gewesen, Oase und Unklarheiten. Da haben wir jetzt mehr Klarheit. Es ist aber auch vor allem von der Mitte-Fraktion, dazumal noch CVP-Fraktion, gesagt worden, man sollte doch endlich die Bevölkerung informieren. Und dass das ein wesentlicher Bestandteil sei, bevor man weiterarbeitet. Jetzt weiss ich nicht, vielleicht habe ich die Information vor der Bevölkerung verpasst. Aber ich habe den Eindruck das hat noch nicht stattgefunden. Und mir kommt es ein wenig vor, wie wenn wir an einem Bahnhof sind und wir wissen irgendwie so wohl ist es uns eigentlich nicht hier. Wir möchten da einen schöneren Ort. Es kommt ein Zug. Wir wissen eigentlich nicht so genau, wohin der Zug hinfährt. Wir wissen, dass es ein schönerer Ort sein soll. Wir haben Passagiere, wie der Urs Müller, er stellt sich den Ort so und so vor. Möglicherweise haben wir andere Passiere welche sagen, ich stelle mir den Ort komplett anders vor. Auch schön aber in meiner Sichtweise. Aber wir haben die eine Diskussion gehabt. Das hat bis jetzt gefehlt. Und das finde ich es schade. Ich habe Angst, dass wir etwas in der Hand haben, wir an einem Bahnhof ankommen und dann sagt ein Teil, ja eigentlich wollten wir gar nicht hierhin. Es ist doch nicht ganz so schön wie ich es gedacht habe. Ein anderer Teil sagt, ja es ist schön, aber wir machen eine weitere Fahrt. Mir fehlt ein-

fach dieser Teil. Wenn ich es anschau, dann sind wir nicht weiter. Aber sonst sind wir nicht weiter als im Jahr 2019. Ich denke das ist eine verpasste Chance und ich wäre froh, dass man die Bevölkerung jetzt informiert. Das ist absolut notwendig. Wenn ich ein Grundstück hätte und das Leporello sehen würde, weiss ich nicht ob mir da wohl wäre im ersten Moment. Ich würde mir Fragen stellen, was heisst das für mich.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es war eine Forderung nach einer öffentlichen Information. Die Frage ist einfach, soll man eine öffentliche Information machen über das Leporello, was ein Leporello ist und wo man nicht weiss, geht es weiter. Soll es nicht weiter gehen. Und wie möchtest du dann sicherstellen, dass alle in den gleichen Zug steigen, an den gleichen Ort mit den Gedanken einsteigen. Wie möchtest du das abholen? Das ist für mich die grosse Frage. Jetzt eine Information machen ohne dass der Rat, welcher ja informiert worden ist und gesagt hat, das ist gut und gesagt hat, wir wollen weiter auf den Weg. Wenn du ohne Entscheid vom Einwohnerrat jetzt eine Informationsveranstaltung machst, in der Hoffnung, dass nachher Einigkeit herrscht, denke ich, ist das eher schwierig. Was macht dann der Rat damit. Weil zum weiter planen, brauchen wir Mittel. Also ich möchte eigentlich die Frage zurückgeben. Wie gehen wir weiter vor ohne Mittel, wenn nicht hell auf Begeisterung herrscht? Auch wenn der Einwohnerrat der Meinung ist, es wäre der richtige Weg.

Peter Marten: Ich sehe die Punkte Bettina Lutz Güttler. Aber den Wissenstand hatten wir ja schon vor 2 Jahren gehabt. Da hätten wir aber schon vor 2 Jahren hinstehen und sagen sollen, auf dieser Basis können wir keine Info für die Bevölkerung machen. Vor 2 Jahren hat ein Teil vom Einwohnerrat gesagt, wir müssen eine Information machen. Du sagst zu Recht, ist das wirklich Basis um jemanden zu sagen, hier ist das Leporello. Auf der anderen Seite steht in der Vorlage, wir werden die Thesen von diesem Leporello weiterentwickeln und das ist für mich einfach ein Widerspruch. Auf der einen Seite sagt man, man kann eigentlich noch nichts über das Leporello sagen aber wir haben eine Blase, Gemeinderat, Einwohnerrat, welcher informiert ist und wir haben eine grosse Masse, welche nicht darüber informiert ist. Und das finde ich nicht ganz unheikel. Das ist mein Punkt. Ich bin froh, nochmal, dass wir jetzt dann die Information machen. Ich sehe, dass wir die Mittel haben, um weiter zu gehen. Ich möchte einfach warnen und sagen, dass wir ein Grundkonsens in allen Themen haben in diesen verschiedenen Thesen. Ich finde es einen Widerspruch zu sagen, man kann das Leporello nicht zeigen und gleichzeitig ist er aber Basis für die Weiterentwicklung. Und das beisst sich für mich, vielleicht stehe ich ja auch auf dem Schlauch.

Daniel Jenni: Gibt es noch weitere Voten? Wenn das nicht der Fall ist würden wir weiter gehen zur Abstimmung.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen.

- 1. Für das Erscheinungsbild Landstrasse K114 wird ein Verpflichtungskredit für die Fertigstellung des Entwicklungsrichtplanes und die Ausarbeitung eines Sondernutzungsplanes (Rahmengestaltungsplan) von CHF 150'000 inkl. MwSt. bewilligt.**
- 2. Die anfallenden Planungskosten werden vom Fond für Mehrwertabgaben entnommen.**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7 2021/12 Genehmigung des Bestattungs- und Friedhofreglements

Eintreten nicht bestritten

Linus Egger, Vizeammann: Das vorliegende Friedhofsreglement ist von der Friedhofskommission und vom Gemeinderat verabschiedet worden. Man hat strukturelle Änderungen vorgenommen. Die Grabesruhe haben wir von 25 auf 20 Jahren geändert. Das ist die Anpassung an das kantonale Reglement. Die Kostenaufstellung und die Steinwahl haben wir in den Anhang nach hinten verschoben. Bei der Überarbeitung sind die übergeordneten Reglemente vom Kantons- und Polizeireglement angezogen worden. Ein Beispiel, welches immer gefragt wird, das Hundeverbot im Friedhof. Das ist im Polizeireglement enthalten, geregelt und es gibt sogar einen Bussenkatalog dazu. Die Fraktionspräsidenten haben wir aufgefordert an der Fraktionspräsidentensitzung eventuelle Änderungen, Korrekturen, vor der Sitzung dem Gemeinderat zu stellen, dass wir die besprechen können. Von den Fraktionen sind keine Fragen oder Änderungen eingegangen. Der Gemeinderat wird beim § 3 Abs. 2 noch einen Antrag stellen und die Begründung wird man bei der Beratung stellen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt beim § 3 den Abs. 2 zu streichen "Der Tod einer unbekannt Person und das Auffinden einer unbekannt Person sind innert 10 Tagen beim Zivilstandsamt zu melden".

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen: Das Bestattungs- und Friedhofsreglement sei zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8 2018/29 Postulat Grüne betreffend Einführung einer Sozialkommission

Eintreten nicht bestritten

Walter Vega, Gemeinderat: Am 6. Juni 2018 ist das Postulat von der Fraktion Grünen überwiesen worden. Der Gemeinderat hat den Auftrag erhalten, die Einführung von einer Sozialkommission zu prüfen. An der Einwohnerratssitzung vom 29. November 2018 hat der Gemeinderat eine Stellungnahme abgegeben in der er die verschiedenen Aspekte von einer Sozialkommission aufgezeigt worden sind. Eine abschliessende Empfehlung ist aber noch nicht abgegeben worden. Weil man zuerst die Erfahrung mit der Einführung der Geschäftsleitung abwarten wollte. Jetzt ist es soweit. Seit rund 20 Monaten ist die Geschäftsleitung aktiv. Es liegen die erforderlichen Erfahrungswerte vor, wo man Empfehlung Seitens Gemeinderat abgibt. Die Geschäftsleitung hat sich bei der Behandlung von den Sozialhilfeanträgen bestens bewährt.

Die Anträge werden effizient und speditiv diskutiert und beurteilt. Im GKR sind die Kompetenzen zwischen der Abteilung Soziales, der Geschäftsleitung und dem Gemeinderat klar definiert. Der Gemeinderat konnte diesbezüglich entlastet werden. Dazu kommt, dass sich die Abteilung Soziales, seit Mitte 2020 gut entwickelt hat. Sogar externe Stellen wie z. B. das Familiengericht Baden hat sich positiv geäußert. Dass eine Sozialkommission Vorteile hat, ist unbestritten. Der Erfolg hängt aber wesentlich vom Wissen, der Erfahrung und natürlich auch der Verfügbarkeit der Kommissionsmitglieder ab. Eine Vorhersage wer sich zu solch einem Amt meldet, ist fast nicht möglich. Entscheidend ist sicher auch die Sitzungsfrequenz von der Kommission. Die müsste nämlich praktisch wöchentlich stattfinden um die bestehenden Abwicklungszeit von der Geschäftsleitung zu erreichen. Die spezifischen Anforderungen z. B. juristische Abklärungen, kann die Abteilung Soziales aber auch die Geschäftsleitung jederzeit auf externe Spezialisten zurückgreifen. Das gleiche gilt auch für die Arbeitsintegration. Die Einführung von einer Sozialkommission würde auch von der anderen Seite zu einer zusätzlichen Belastung von der Abteilungsleitung und mir selber als Ressortverantwortlichen führen. Das möchte das Postulat nicht erreichen. Darum bittet der Gemeinderat die beiden Anträge gut zu heissen.

Urs Müller: Der Gemeinderat erachtet es also nicht als notwendig, eine solche Sozialkommission in unserer Gemeinde einzuführen. Als wir das Postulat eingereicht haben, ist die Situation auf der Abteilung Soziales ziemlich prekär gewesen. Das bestätigt der Gemeinderat indirekt heute in der Rechnung, in welche er schreibt, dass Zusatzkosten entstanden sind bei Überbrückungen und Zuzug von externen Fachleuten. Jetzt sagt der Gemeinderat, dass sich die Situation mit der Einführung von der Geschäftsleitung verbessert hat. Das können wir zu wenig beurteilen. Es gibt zwei Punkte im Bericht vom Gemeinderat mit aber grossem Fragezeichen. Mit einer Kommission von Fachleuten wird die Qualität wahrscheinlich besser. Der Gemeinderat lobt ja die Qualität der Kommission selber. Ich zitiere "Für diese Kommission stellen sich viele Personen freiwillig, in ihrer freien Zeit, auch solche mit spezifischem Fachwissen". Und da wäre die Qualität gegenüber der Geschäftsleitung, welche sehr viele Wechsel hat, wahrscheinlich besser. Und der zweite Punkt noch. Der Gemeinderat redet von Kosten in 5-stelliger Höhe, wo solch eine Sozialkommission verursachen würde. Man geht von 50 Sitzungen im Jahr auch. Für uns ist das nicht realistisch. Er lässt zu dem ausser Acht, die Geschäftsleitung muss die Arbeit ja auch leisten und zwar zu einem viel höheren Ansatz als die Kommission. Wir sind also der Meinung, eine Kommission wäre günstiger als die Variante mit der Geschäftsleitung. Wir wehren uns aber nicht gegen eine Abschreibung von diesem Postulat. Aber vielleicht werden wir einmal darauf zurückkommen müssen.

Christian Buser: Wir haben den Bericht mit grossem Interesse studiert. Das ist im Moment ein Erfahrungsbericht vom Gemeinderat. Zu der aktuellen Situation wie die Themen im Sozialen abgewickelt werden. Die dargestellten Überlegungen die tragen wir mit, wie solch eine Sozialkommissionstruktur sein könnte. Die Überlegungen betreffend Vertretungen, Kompetenzen, Sitzungsrythmus und Entscheidungsgeschwindigkeit, da sind wir ganz beim Gemeinderat. Und aus unserer Sicht, die Zahlen, welcher der Gemeinderat zeigt, die sprechen ein deutliches Bild. Von dem her stützen wir die Position vom Gemeinderat, dass die Sozialkommission nicht eingeführt wird und das Postulat von der Kontrolle abgeschrieben wird.

Ralph Hunziker: Die gemeinderätliche Antwort auf das Postulat zur Einführung einer Sozialkommission in Obersiggenthal hat in unserer Fraktion zu einer intensiven Diskussion geführt, welche auch kontrovers geführt worden ist. Die Fraktion ist sich nicht einig über die Argumentation vom Gemeinderat, keine Sozialkommission einzusetzen. Erfreulich wertet die Fraktion der positive Effekt von der Einführung des Geschäftsleitungsmodell von vor knapp 2 Jahren, sei das auf struktureller Ebene, personeller Ebene oder auch organisatorischer Ebene. In der Abteilung Soziales scheinen die Abläufe überarbeitet zu sein und die Kompetenzen klarer geregelt. Das ermöglicht den schnelleren, effizienteren Umgang mit den Anträgen. Das insbesondere den Sozialhilfebezügen zu Gute kommt. In einem anderen Punkt zeigen wir uns erstaunt über die Antwort. Warum will der Gemeinderat, die Geschäftsleitung, freiwillig auf einen Zuwachs von Fachkompetenz verzichten? Eine solche Sozialkommission müsste sich nicht wöchentlich zusammenfügen. Allenfalls ist es mehr eine Beratung oder Supervision bei

Schwierigkeiten bei Sozialhilfeentscheiden oder bei Härtefällen. Eine kompetent eingesetzte Sozialkommission könnte sehr wertvolle Impulse setzen. In dem Punkt überzeugt uns die Antwort vom Gemeinderat nicht. Aus denen zwei Punkten hat sich die SP-Fraktion keine klare Meinung bilden können oder es hat sich keine ergeben. Und trotz der gegensätzlichen Meinung innerhalb von der Fraktion möchten wir doch, die ganze SP-Fraktion, Bemühungen vom Gemeinderat aber auch von der Geschäftsleitung, Abteilung Soziales die letzten 2 Jahre sehr würdigen.

Stefan Semela: Argumente vom Gemeinderat für und gegen eine Einführung von einer Sozialkommission in Bezug auf die Fachkompetenz von den Mitgliedern und die zeitliche Verfügbarkeit sind leider nur auf der theoretischen Ebene abgehandelt worden, ohne das konkret abgeklärt worden wäre, ob es Kandidatinnen und Kandidaten mit den entsprechenden Fähigkeiten in der Gemeinde gibt. Vielleicht vergibt sich die Gemeinde mit dem Verzicht auf die Sozialkommission eine gute Option. Wir wissen es nicht, weil die entsprechenden Abklärungen nicht getätigt worden sind. Fakt ist aber, dass die materielle Hilfe einen grossen Budgetposten von der Gemeinde darstellt, da werden die Ausgaben kaum sinken. Obersiggenthal liegt bei der Sozialhilfequote auch über dem Bezirksdurchschnitt. Daher erachtet es die FDP-Fraktion als wichtig, dass Mittel und Möglichkeiten zur Führung von Personen aus der materiellen Hilfe in ein eigenverantwortliches und selbstfinanziertes Leben. Auch mit den entsprechenden Sanktionen, bei Auflagenverstösse, konsequent genutzt werden. Weiter müssen Rückerstattungen, Pflichten von Personen, welche materielle Hilfe von Obersiggenthal in Anspruch genommen haben, periodisch genau abgeklärt und durchgesetzt werden. Wir setzen darauf, dass die offenbar Mitte 2020 wieder hergestellte Funktionsfähigkeit von der Abteilung Soziales gewährleistet ist, dass die Aufgaben konsequent durchgeführt werden. Und unter deren Ausgangslage bleibt nichts anderes übrig, als, dem Antrag vom Gemeinderat zu zustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen:

Vom Beschluss des Gemeinderates auf die Einführung einer Sozialkommission zu verzichten, sei zur Kenntnis zu nehmen. Das Postulat GK 2018/29 Einführung einer Sozialkommission sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Der Antrag wurde mit 36 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

9 2018/37 Postulat Theo Flückiger betreffend Definition, Regelungen und Kompetenzen der Kommissionen - Beantwortung

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich verweise im Wesentlichen auf die kurze schriftliche Stellungnahme. Der Gemeinderat ist in Erfüllung von dem Postulat auf seine Kommissionen zugegangen und hat sie unter Vorlage von einer Muster Prüfung und Überarbeitung von ihren Pflichtenheften gebeten. Bis im Januar sind die Pflichtenhefte eingegangen. Und der Gemeinderat hat sie anschliessend gesichtet und verabschiedet Ende März von diesem Jahr. Mittlerweile sind sie aufgeschaltet im Internet. Ich habe noch eine Bemerkung zu der Feuerwehrkommission. Dort finden Sie kein explizites Pflichtenheft nach der Vorlage vom Gemein-

derat. Der Grund liegt darin, dass es sich bei der Feuerwehrkommission um eine kantonale vorgeschriebene Kommission handelt. Und deren Aufgaben und Kompetenzen sind im kantonale Feuerwehrgesetz explizit geregelt. Aus diesem Grund finden Sie kein Pflichtenheft im Internet. Sie können aber gerne natürlich das Feuerwehrgesetz konsultieren. Dem Gemeinderat ist es an dieser Stelle noch wichtig seine Wertschätzung auszudrücken. Die Arbeit in den Kommissionen ist wertvoll. Und wir sind sehr froh, um die Inputs, die geleistet werden. Der Gemeinderat beantragt den Bericht gut zu heissen und das Postulat als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Carol Demarmels: Im Namen von Theo Flückiger und der SP-Fraktion bedanken wir uns für die Umsetzung des Postulates, insbesondere für die diesbezügliche Arbeit in den Kommissionen. Damit stehen den Kommissionen nun umfassende Pflichtenhefte zur Verfügung – und bestenfalls motiviert die öffentliche Publikation noch den einen oder die andere Obersiggenthaler zur aktiven Mitarbeit.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Bericht wird genehmigt. Das Postulat wird von der Kontrolle als erledigt abgeschrieben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10 2021/13 Postulat Sonja Scherer betreffend Klima- und Energie-Charta

Das Postulat wurde vom Gemeinderat zurückgezogen und wird an der nächsten Sitzung nochmals traktandiert.

11 2021/14 Postulat SVP-Fraktion betreffend Erstellung einer Immobilienstrategie für die Einwohnergemeinde und eine kritische Beurteilung der vorhandenen Landparzellen in Bezug auf Nachhaltigkeit und Notwendigkeit

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir haben die Beantragung schriftlich beantwortet bzw. erklärt, warum wir es nicht entgegennehmen möchten. Ganz kurz nochmal, inhaltlich betreffend Liegenschaften, mit einer Ausnahme, werden aktuell alle Liegenschaften von der Gemeinde für die Erbringung von öffentlichen Aufgaben, bzw. für den Betrieb von Hallen- und Gartenbad benötigt. Aktuell ist es so, dass das Unterhalts- und Sanierungskonzept erarbeitet wird. Die Installationen und das Gebäude sind dokumentiert worden. Zu den unbebauten Grundstücken, da muss ich eine Korrektur machen. Zur übrigen Bauzone, da haben wir effektiv nur das Sternenaereal, welches in der Bauzone liegt. Die Parzelle, welche ich aufgeführt habe, vis-à-vis vom Jugs, das ist nicht in der Bauzone, sondern ebenfalls in der Sport- und Freizeitzone und daher auch nur eingeschränkt nutzbar und fällt auch in den Ausführungen, welche da gemacht worden sind. Im Übrigen habe ich keine weiteren Bemerkungen.

Lukas Füglistner: Ein Hinweis zum Formfehler auf dem Antrag vom Einwohnerrat steht darauf "GK2018/29" das ist das, was wir vorher diskutiert haben. Da sollte es 2021/14 heissen. Es hat mich nicht ganz verwundert, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Bei meinen Recherchen, in denen es um die Waldparzelle ging, ist es so, dass eine Anfrage stattgefunden hat beim Gemeinderat und nicht ein Kaufgesuch. Bei der Waldparzelle gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist, den Wald behalten und die andere ist, den Wald zu verkaufen. Was der Gemeinderat damit möchte oder der Einwohnerrat damit machen möchte, obliegt der Einwohnergemeinde selber. Im Postulat, in welchem ich verfasst habe, ist die Waldparzelle mit keinem Wort erwähnt, weil es um die Mobilien geht und um Landparzellen in der Gemeinde. Was ich nicht verstehe ist dann, eine viertel Seite aufwändig zu erklären, was jetzt mit der Waldparzellen alles passieren soll, obwohl im Postulat nichts darin steht von dem. Nach der Einführung vom Geschäftsleitungsmodell ist der Gemeinderat unter anderem für strategische Belangen zuständig. Eines von denen ist die Bewirtschaftung von Immobilien. Wir haben ein Portfolio von aktuell über CHF 10 Mio. Es dürfte nach dem Hallen- und Gartenbad ein bisschen steigen. Und nach dem Schulhaus sowieso noch mehr. Die Frage stellt sich, was passiert mit einem Strübelihaus? Im Moment ist es baufällig, es kann nicht bewohnt werden, kann nicht bewirtschaftet werden. Was ist dort die Idee vom Gemeinderat? Keine Ahnung. Strategische Ansätze betreffend Schulraum, wenn die 2. Etappe gebaut wird oder gebaut werden sollte. Was passiert mit dem Schulhaus Kirchdorf? Was passiert mit dem Schulhaus Bachmatt? Im Finanzplan steht schon lange darin, dass man eigentlich die Gemeindeverwaltung erweitern soll. Der eine Teil ist beim Saal oben drin, der grösste Teil ist im Gemeindehaus. Wir haben eine Bibliothek, Ludothek. Wäre es allenfalls nicht möglich, dass Gebäude dort brauchen zu können für die Gemeindeverwaltung. Ich würde in Bachmatt, die Ludothek und die Bibliothek zusammenführen. Der Gemeinderat ist nicht bereit, strategisch Auskunft zu geben, was mit den Immobilien passieren soll. Die SVP-Fraktion hat überhaupt nicht das Gefühl, dass der Gemeinderat verpflichtet wäre, allfällige Landparzellen zu verkaufen. Das ist das Tafelsilber von unserer Gemeinde, was strategisch richtig und auch wichtig ist. Das sich aber der Gemeinderat nicht bereit erklärt Auskunft zu geben oder eine Strategie zu erarbeiten, wie man diese bewirtschaften soll. Für was diese gelten sollen, vielleicht in 10 Jahren, 20 Jahren. Ich persönlich finde das sehr schade. Damit die Leitplanke für die Weiterentwicklung von unserer Gemeinde. Eines ist die Landstrasse K114 worüber wir abgestimmt haben. Die mobile Strategie wäre das andere. Für das wäre es wichtig zu wissen, was mit der Landparzelle und mit der Immobilie passieren soll. Aus diesem Grund beantragen wir, dass der Gemeinderat das Postulat trotzdem übernehmen soll.

Christoph Villiger: Sowohl die Formulierung vom Postulat, als auch die Antwort von unserem Gemeinderat zu den gestellten Fragen sind in unseren Augen primär von operativer Natur. Der Fokus von der Beantwortung liegt dann auch auf den Status Quo vom heutigen Liegenschaftsbestand, also die bebauten und unbebauten Grundstücke und der möglichen, künftigen Verwendung. Von der FDP-Fraktion her, wünschen wir uns in diesem Zusammenhang aber einen Schritt weiter zu gehen. Das Aufsetzen von der Zukunftsbrille. Und damit der Einbezug von strategischen Überlegungen. Wir fordern den Gemeinderat auf, sich bereits jetzt zum heutigen Zeitpunkt Gedanken und Überlegungen zu folgenden möglichen Fragen zu machen. Uns würde es sehr interessieren, was ist überhaupt die Vision vom Gemeinderat bezüglich der gemeindeeigenen Liegenschaften. Gedenkt der Gemeinderat lokale Entwicklungsschwerpunkte zu setzen wie z. B. Wohnen oder Gewerbe. Wir haben es vorher gehört, als der Linus berichtet hat, der Vergleich mit der demographischen Zusammensetzung von der Bevölkerung zu den anderen Gemeinden. Wir haben unterdurchschnittlich wenig jüngere Leute. Wir haben überdurchschnittlich viel ältere Leute. Gibt es allenfalls bestehende gemeindeeigenen Liegenschaften wie z. B. das Schulhaus Kirchdorf, das aufgrund von einer langfristigen Planung eine neue Rolle bekommt, damit eine neue Nutzung möglich wäre. Darin enthalten können auch Umzonungen sein um z. B. eben neue Wohnflächen zu generieren. Welche Entwicklungsmöglichkeiten ergeben sich konkret z. B. für das Bachmattareal? Wir haben vorher von der Bettina Lutz Güttler gehört, es gibt einen Masterplan, welcher erarbeitet worden ist. Wir sind sehr gespannt, was dort drinstehen wird. Eine weitere Frage, wie steht der Gemeinderat grundsätzlich zum Thema Baurecht? Verschiedene Nachbargemeinden sind in den letzten Jahren dazu übergegangen einen Teil von ihren Flächen im Baurecht abzugeben

und im Gegenzug dazu ein Entgelt zu kassieren, den Baurechtszins. Mit dem Baurecht ergeben sich wirklich zusätzliche Möglichkeiten neue Investitionsprojekte zu realisieren, mit Hilfe von z. B. Drittinvestoren. Das hätte nicht auch zuletzt positive Auswirkung auf unsere Finanzen, mehr Einnahmen und einen positiven Effekt auf der Verschuldungsseite. Gerne erwarten wir vom Gemeinderat eine entsprechende Rückmeldung und auch eine anschliessende Diskussion im Einwohnerrat. Ist der Gemeinderat bereit, das so entgegen zu nehmen? Falls das nicht möglich wäre, würden wir uns erlauben ein entsprechendes Postulat einzureichen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Du hast verschiedene Fragen gestellt. Das eine ist wegen dem Baurecht. Aktuell, ich habe das vorhin gesagt, wir haben eine einzige Parzelle, welche in der Bauzone ist. Wo effektiv ein Baurecht zur Diskussion steht. Das ist das Sternensareal. Das ist bei uns vermerkt, in dem Sinn, dass wir darauf das Baurecht errichten wollen. Weitere Grundstücke haben wir bei der Sport- und Freizeitzone. Wir haben Grundstücke in der öffentlichen Zone. Wir haben Grundstücke in der Grünzone. Selbstverständlich hat sich da der Gemeinderat bereits Gedanken gemacht. Die Gedanken sind aber nicht ausgereift. Es ist noch viel zu früh, um die Gedanken zu kommunizieren. Wir befinden uns in gewissen langfristigen strategischen Überlegungen auch in Bezug auf die Finanzen. Insofern hast du dir durchaus die richtigen Gedanken gemacht, welche sich auch der Gemeinderat macht, ob gewisse Grundstücke aufgezoht werden sollen. Aber das ist im heutigen Zeitpunkt viel zu früh zum Kommunizieren. Das müssen wir intern zuerst klären. Wir müssen das auch mit verschiedenen Kommissionen diskutieren. Es gibt da durchaus verschiedenen Auffassungen in verschiedenen Kommissionen. Ich kann dazu im Moment keine Stellung nehmen. Es tut mir leid.

Christoph Villiger: Danke für die Rückmeldung und die erste Stellungnahme. Du sagst, man kann von eurer Seite keine Stellung nehmen. Mit was für einer Timeline dürfen wir rechnen, bis wir eine Immobilienstrategie präsentiert bekommen von eurer Seite, mit Antworten zu diesen Fragen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Das ist eine schwierige Frage. Ich kann dir im Privaten genau sagen, wo ich was sehe. Aber ich werde mich hüten, dass in aller Öffentlichkeit zu sagen. Das ist nicht abgesprochen unter meinen Kollegen und mir. Es ist auch nicht abgesprochen mit den Kommissionen. Es hat keine Diskussion stattgefunden. Timeline, ich weiss es nicht. Wir sind jetzt am Leitbild für die Gemeinde. Das ist die Visionsentwicklung, wohin sich die Gemeinde entwickeln soll bis ins Jahr 2035. Anschliessend auf dem Weg auf eine neue BNO wird es zu den Diskussionen führen. Effektiv, wo man Gewerbe sieht, will man Gewerbe. Will man Wohnnutzung? Was für Wohnnutzung will man. Wo will man verdichten, wo will man Freihaltezonen haben? Will man noch Sport- und Freizeitzone haben? Wo will man diese haben, wie gross sollen sie sein? Brauchen wir eine solche grosse öffentliche Zone? Für was brauchen wir die öffentliche Zone? Wie wird sich die Gemeinde entwickeln? Man hat vor ein paar Jahren von einer Perspektive geredet im 2040 von 12'000 Einwohner in Obersiggenthal. Das ist heute tendenziell eher weniger, wenn das Wachstum so weitergeht. Wir wissen es aber nicht. Es kann ganz plötzlich zu einem Schub kommen, wenn auf mehreren Grundstücken gleichzeitig, also wenn die sich vereinigen und grosse Baukörper kommen. Wir sind noch nicht an der Realisierung von dieser Verdichtung, von dem man geredet hat im 2014, als man die neue BNO in Kraft gesetzt hat. Ich kann dir in zwei Jahren die fix fertige Strategie präsentieren. Du hast auch die Schulraumplanung angesprochen, das fliesst da drin. Wir sind jetzt an der ersten Etappe. Eine zweite ist mal geplant. Wir werden sehen, ob sich die Schülerzahlen so effektiv entwickeln. Ihr habt heute gesehen, wo wir stehen im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden mit der Alterszusammensetzung wird sich das verändern. Wir haben letztes in der Aktenaufgabe eine Prognose gesehen, dass die über 65-Jährigen, dass 80+ im 2030 da haben wir ein Wachstum prognostiziert von 35 %. Die Diskussion müssen wir führen. Ich kann dir das nicht jetzt beantworten. Es stellt sich effektiv die Frage, was machen wir um vermehrt jüngere Leute anzuziehen. Wir haben das vorhin gesehen vom Linus Egger, dass bei den 20-30-Jährigen, da sind wir sehr tief. Wie schaffen wir es jüngere Erwachsene anzuziehen? Was macht ein Standort attraktiv? Das sind umfangreiche Diskussionen und Überlegungen. Ich kann das nicht einfach so machen. Ich muss mich da schlau machen. Ich muss in den Austausch gehen mit der Planungskommission. Es gibt sehr gute Inputs. Wir haben auch eine Al-

terskommission. Wir haben auch eine Umwelt- und Energiekommission. Wir haben eine Sportkommission, eine Kulturkommission. Ich bin sicher, da kommen Ideen und Hinweise. Das ist das eine, die Ideen. Dann ist aber auch auf der anderen Seite die Situation, dass die Gemeinde nur Rahmenbedingungen schaffen kann. Wir können niemanden dazu bringen, so Gemeinschaftswohnungen, Arealüberbauungen mit einem Zentrum zu bauen, welche sehr attraktiv sind für Familien. Da braucht es private Personen, die das in die Hand nehmen. Oder dann auch auf der anderen Seite, muss die Gemeinde aktiv werden? Nur solch ein Areal haben wir nicht um entsprechend zu überbauen. Das heisst, es setzt voraus, dass eine Aufzoning passiert. Das sind längerfristige Sachen, welche nicht in 2-3 Jahren realisiert werden können. Ich weiss nicht, ob ich jetzt deine Frage beantwortet habe. Ich könnte noch lange weiterreden aber ich denke, ich mache mal da einen Punkt.

Christoph Villiger: Ich habe auch nie behauptet, dass es einfache Fragen sind. Was der FDP-Fraktion einfach sehr wichtig ist, dass man die Themen angeht. Dies ist ein Schlüsselfaktor für die weitere Entwicklung der Gemeinde. Ich habe es gespürt, der Gemeinderat macht sich Gedanken. Das ist einfach unser Anliegen, dass man das Thema vorwärtstreibt. Sich die Gedankenspiele auch machen, wo gibt es Möglichkeiten mit gemeindeeigenen Liegenschaften, wo gibt es andere Möglichkeiten. Was gestern ein Nutzen gewesen ist, muss heute nicht zwingend sein.

Marco Erne: Ich habe erst jetzt langsam verstanden, was das Postulat eigentlich gefordert hat und die Antwort hat es eigentlich nicht einfacher gemacht zu verstehen. Aus der Planungskommission Sicht ist es uns ein Anliegen, dass wir wissen welche Areale und Liegenschaften, was für eine Zukunft erwarten und dort sind wir auch schon paarmal angestanden, dass wir nur so tröpfchenweise Informationen erhalten. Da gibt es wirklich noch aufholbedarf Seitens der Gemeinde. Ich bin auch der Meinung, dass wir da dran gehen sollten. Aktuell ist es jetzt ein Thema. Bachmatt haben wir angeschaut in der Planungskommission. Und das Strübelihaus, welches seit Jahren leer steht. Ich glaube, das hat man nicht bewusst einfach aufgegeben. Wir haben schon gesehen, dass es keine Zukunft hat. Aber das ist kein bewusster Entscheid gewesen aus unserer Sicht. So etwas sollte man schon in einer Strategie sagen, wir geben es auf oder man sagt, man wird es entwickeln. Ich denke, es wäre sehr nützlich, wir könnten eine Übersicht bekommen, eine Art Strategie – oder dass man weiss, was ist wo, dass man mehr Transparenz bekommt. Ich möchte, dass es als Hausaufgabe mitgenommen wird. Ich habe jetzt meine Meinung geändert durch diese Voten.

Micha Jetzer: Meine persönliche Meinung ist, auf der einen Seite haben wir auch ja gesagt zu CHF 150'000 für das Leporello. Auf der anderen Seite sind wir nicht bereit, gerade in dieser Hinsicht strategisch wichtige Felder auch an zu schauen und die Ausrichtung zu besprechen. Ausser jetzt in diesem Fall die Landstrasse. Finde ich nicht richtig. Und deswegen würde ich schon auch beliebt machen, dass man nein stimmt und dass das Postulat überwiesen wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stellt den Antrag das Postulat SVP-Fraktion betreffend Erstellung einer Immobilienstrategie der Liegenschaft der Einwohnergemeinde und eine kritische Beurteilung der vorhandenen Landparzellen in Bezug auf die Nachhaltigkeit und Notwendigkeit sei nicht zu überweisen.

Der Antrag wird mit 19 Nein-Stimmen zu 13 Ja-Stimmen und mit 7 Enthaltungen abgelehnt.

Das Postulat wird vom Einwohnerrat überwiesen.

12 2021/15 Umfrage

Friedrich Wollmann: Ich habe im Rechenschaftsbericht mit einer kleinen Besorgnis gelesen, in was für einer Verfassung die Spitex sich befindet. Ob das jetzt bereits nach so kurzer Zeit völlig neue Leitung und die Situation, Berge von Überstunden zugenommen haben und wahrscheinlich kompensiert werden konnten, dass das Ersatzpersonal kaum verfügbar war. Das ist jetzt der Rückblick gewesen, vom letzten Jahr. Ich hätte gerne von Walter Vega gewusst, wie deine aktuelle Einschätzung ist, ob es zu einer Stabilisierung gekommen ist? Ob das Personal wieder eine Chance hat, sich zu erholen. Und die Überzeiten irgendwie zu kompensieren oder wie das aktuell aussieht. Du hast da sicher einen Einblick.

Walter Vega, Gemeinderat: Danke für die Frage. Es ist richtig, wie es im Rechenschaftsbericht steht. Das ist tatsächlich so. Es ist eine strenge Zeit gewesen für die Spitex. Das hat verschiedene Gründe. Auf der einen Seite war die ganze Coronasituation. Es ist natürlich eine enorme Belastung gewesen für die Spitex. Wir haben auch gesehen, wie die Stunden zu genommen haben. Ist natürlich auch wegen den Leuten, welche nicht ins Pflegeheim wollten und Bedenken gehabt haben, ist dann natürlich die Spitex stärker eingesprungen. Das hat dazu geführt, dass die Mitarbeiter sehr viele Überstunden geleistet haben. Gewisse Mitarbeiter mussten abziehen, weil sie zur Risikogruppe gehören oder weil sie sogar positiv getestet worden sind. Man hat dann versucht natürlich mit externen Leuten abzudecken, so gut es ging. Aber man darf nicht vergessen, die Spitex Lar ist nicht die einzige Spitex in der Region. Andere haben eine ähnliche Situation, auch die haben versucht auf die gleichen externen Leute zurück zu greifen. Das hat sich wirklich auf die Leute ausgewirkt. Wir haben aber natürlich auch noch vom Zusammenschluss von ehemaligen Spitexorganisationen. Das ist ein Prozess, das geht sehr lange bis sich die Kulturen alle wirklich verschmolzen haben, hat auch noch eine gewisse Zeit gebraucht. Jetzt wie es im Moment ist, sieht es besser aus. Aber man kann es noch nicht ganz abschätzen, wie es wegen Corona ist im laufenden Jahr. Es ist nicht so, dass es jetzt eine Entwarnung gibt und jetzt alles gut ist. Wir schauen aber zu den Leuten, dass sie die Entlastung auch erhalten. Man versucht sie auch zu motivieren. Die Stimmung hat sich gebessert. Man ist noch nicht im grünen Bereich. Es wird sich aber noch bessern. Ich bin guten Mutes, dass die Geschäftsleitung, auch der Geschäftsleiter, er ist relativ frisch und auch im Verwaltungsrat hat es neue Leute, dass man da auf einem guten Weg ist. Das zeigt sich auch in den Zahlen, dass sich das besser entwickelt. Aber wir müssen es im Auge behalten. Ich möchte nicht eine Entwarnung geben aber ich sehe es besser als im letzten Jahr. Das ist mein Eindruck.

Carol Demarmels: Ich habe 2.5 Fragen. Das eine ist ein Anliegen von der Fraktion, welches wir schon einmal angebracht haben. Wir fänden es gut, wenn die präsentierten Folien von der Sitzung auch am Protokoll anhängen. Es sind jetzt heute z. B. die neuen Strukturen, welche mit der Abschaffung von der Schulpflege geplant sind, interessante Folien gekommen. Das letzte Mal über die Mitarbeitenden – Befragung. Das ist ein bisschen ausführlicher als nur der Text im Protokoll. Wäre das eine Möglichkeit?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir nehmen das entgegen und werden es anschauen.

Carol Demarmels: Bettina, du hast das letzte Mal erläutert, dass ihr einen Brief nach Aarau geschickt habt um zu fragen, ob von diesen SNB Ausschüttung ein Teil auch den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Habt ihr da eine Antwort erhalten? Kann man da nicht auch für die AKB den Gedanken aufnehmen?

Linus Egger, Vizeammann: Der Kanton hat die erwartete Antwort gegeben. Er hat es abgelehnt. Wir geben nicht auf. Weil das ist Sache von den Gemeindeammännernvereinigung und von Baden Regio und die haben sich positiv geäußert, dass sie das aufgenommen haben. Und auch verschiedene Gemeinden, ich möchte sogar sagen viele Gemeinden haben es unterstützt. Auch ihre Grossräte vor allem im Bezirk Zurzach, sie haben sie motiviert beim Kanton vorstellig zu werden. Und dich möchte ich bitten, du bist doch in Aarau. Du kannst das

auch aufnehmen und dort vertreten. Die AKB ist auch im Brief enthalten gewesen, dass man diese Ausschüttung bis in die Gemeinden macht, so wie es der Kanton Zürich macht.

Carol Demarmels: Darf ich kurz nachfragen. Was ist die Begründung gewesen? Oder ist die Begründung nicht öffentlich?

Linus Egger, Vizeammann: Die Begründung war zusammengefasst im Finanzplan geregelt. Die haben wir auch erwartet, darum müssen wir einen anderen Weg gehen.

Markus Renggli: Ich bin zwar nicht ein Mitglied aus der Grünen Partei aber trotzdem eine Frage aus diesem Bereich, worauf ich heute in der AZ gestossen bin. Lustigerweise durch einen Algorithmus generierten Artikel, heisst es unten durch, wir hätten in Obersiggenthal etwa 115 Nutztiere mehr als im Vorjahr. Von diesen 16 Bauernbetriebe sei kein einziger ein Biobetrieb. Ich bin da völlig ein Laie. Ich habe mich nur gefragt, liegt es an den Rahmenbedingungen oder Strukturen? Vielleicht liegt es auch an der Definition Biobetrieb. Wir müssen das nicht gross diskutieren. Wenn gerade jemand eine Antwort weiss. Offenbar ist das sehr A-typisch, dass wir bei 16 Bauernhöfen keine Biobetriebe haben.

Linus Egger, Vizeammann: Ich bin nicht Bauer von Beruf her. Ich habe mit dem Präsidenten von der Landwirtschaftskommission geredet und wir haben miteinander gezählt. Wir sind beide nicht auf 16 gekommen. Es kommt drauf an, was man zählt. Es gibt einen, der ist Biobauer in Obersiggenthal aber ob der gezählt wurde oder nicht, das weiss nicht einmal die Landwirtschaftskommission. Wenn man zählt, kommt man auf 10-12.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es geht um die Anfrage von Friedrich Wollmann an der letzten Einwohnerratssitzung betreffend über die 30 Meter hohen Tanne im Garten von der Ursi Spinner. Nämlich, ob die Tanne dort sein darf oder die Gemeinde sie entfernen soll. Die Antwort ist laut § 73 vom Einführungsgesetz ZGB vom Kanton Aargau, die Tanne darf dort so hoch sein wie sie will und kann. Sie muss aber gemessen ab der Stockmitte und ab dem gewachsenen Terrain bis zum Nachbarsgrundstück den Grenzabstand von 6m einhalten. Wenn sie tatsächlich mehr als 12m sein sollte, verkleinert sich der Grenzabstand auf die halbe Baumhöhe. Ist sie aber noch kleiner als 7m aber höher als 3m, reduziert sich der legale Grenzabstand auf 2m. Wenn sie wenigstens 1m gross sein sollte aber nicht höher als 3m, muss sie 1m weiter weg stehen. Vorausgesetzt, dass es sich beim Nachbarsgrundstück nicht um Rebland handelt. Sonst verlängert sich der Abstand um jeweils 2m. Ist der Nachbar ein Wald, so reduziert sich der Grenzabstand auf 50cm. Sollte es sich um eine Landwirtschaftsland handeln, müsste die Tanne um 60cm zurückgeschnitten werden. Aber nur wenn ein Traktor vorbeifahren muss. Sollte es sich bei deiner Tanne aus irgendeinem Grund um einen Rebstock handeln, welcher über 1.80m hoch ist, muss der Abstand auch 50cm betragen. Und solche Tannen über 7m Höhe, beträgt der kleinste Grenzabstand 3m. Wohlgemerkt, immer gemessen ab Stockmitte und ab gewachsenem Terrain. Ich hoffe der Sachverhalt ist euch beiden nun klar. Ich schlage vor, ihr beide löst das Problem untereinander. Damit ihr zu einem guten Ergebnis kommt, schenke ich euch den Zollstock.

Daniel Jenni: Danke viel mal. Ich glaube wir haben es begriffen. Weitere Umfragevoten? Wenn das nicht der Fall ist; ich habe das Rücktrittsschreiben von dir vorgelesen, André Kummer, als du noch nicht da gewesen bist. Du tritts ja morgen zurück aus dem Einwohnerrat. Ich möchte dir ganz herzlich danken für deine lange Dauer und deine längere Arbeit beim Einwohnerrat und hoffe du hast wieder ein bisschen mehr Freiheit vor allem mit deinem Schichtbetrieb.

Daniel Jenni: Wir beenden die Sitzung um 21.44 Uhr.

Der Präsident:

Daniel Jenni

Die Protokollführerin:

Romana Hächler